

GESCHÄFTSBERICHT 2012

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber:

Im Selbstverlag der Gesellschaft
KA Finanz AG
Türkenstraße 9, 1092 Wien
Tel.: +43 (0)1/310 06 06, Fax-DW: 404

Kommunikation & Marketing
info@kafinanz.at
Tel.: +43 (0)1/310 06 06

Investor Relations
investorrelations@kafinanz.at
Tel.: +43(0)1/310 06 06-645

www.kafinanz.at

Herstellung:

Grasl Druck & Neue Medien
Druckhausstraße 1, 2540 Bad Vöslau
Gedruckt mit Farben ohne gefährlichen
Inhaltsstoffen auf 100%-Recyclingpapier

Gestaltung:

Czerny Plakolm Werbeagentur GmbH
Ungargasse 59-61, 1030 Wien



Dieses Produkt entspricht dem Österreichischen Umweltzeichen
für schadstoffarme Druckprodukte (UZ 24), www.fairprint.at.
Grasl Druck & Neue Medien, Bad Vöslau, UW-Nr. 715

Inhalt

Vorwort des Vorstands	4
Organe der Gesellschaft	7
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012	9
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	10
Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen	10
Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres	13
Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	20
Nicht finanzielle Leistungsindikatoren	22
Zweigniederlassungen	23
Forschung und Entwicklung	23
Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	23
Beteiligungen	23
Risikoberichterstattung	24
Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem (IKS)	35
Compliance und Geldwäsche	37
Prognosebericht	38
Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung	40
Einzelabschluss 2012 der KA Finanz AG nach BWG	41
Bilanz	42
Gewinn- und Verlustrechnung	44
Anhang zum Jahresabschluss	45
Bestätigungsvermerk	72
Erklärung der gesetzlichen Vertreter	74

Vorwort des Vorstands

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die KA Finanz AG (KF) konnte 2012 – bei generell verbesserter aber weiterhin volatiler Marktlage – Risikopositionen im Ausmaß von insgesamt EUR 4,9 Mrd. unter Ausnutzung positiver Marktfenster abbauen. Damit wurde das Risikoportfolio der KF seit Beginn der Restrukturierung im November 2008 um EUR 15,1 Mrd. oder 52 % auf nunmehr 48 % des Anfangsbestands von EUR 30 Mrd. reduziert; dies liegt wesentlich über den Budgetwerten des Restrukturierungsplans. Von der Portfolioreduktion im Jahr 2012 waren EUR 2,9 Mrd. CDS-Positionen sowie EUR 1,0 Mrd. Wertpapiere und Darlehen; weitere EUR 1,0 Mrd. waren planmäßige Tilgungen vor allem im Wertpapier-Bereich. Nach EUR 83,3 Mio. im Geschäftsjahr 2012 an die Republik Österreich geleisteten Haftungsentgelten war das Jahresergebnis mit EUR -70,7 Mio. negativ (Budget: EUR -72,6 Mio.).

Kapitalmaßnahmen der Republik Österreich

Zum 31. Dezember 2012 konnten die Kapitalmaßnahmen der Republik Österreich um EUR 119,7 Mio. reduziert werden und betragen unter Berücksichtigung bisher geleisteter Haftungsentgelte von insgesamt EUR 413,3 Mio. netto EUR 1,9 Mrd. Die Wertaufholungen entfallen auf Positionen gegenüber Griechenland, welche durch Verkäufe am Sekundärmarkt bzw. die Teilnahme der KF am neuerlichen Tauschprogramm zu Griechenland im Dezember 2012 realisiert werden konnten und die eingeräumte Bürgschaft der Republik reduzierten. Das souveräne Risiko gegenüber Griechenland beträgt somit per 31. Dezember 2012 EUR 61,6 Mio. und bezieht sich auf Darlehen an griechische Gemeinden. Zudem konnten durch fokussierte Work-Out-Maßnahmen beschleunigte Tilgungen langlaufender Anleihen sowie Wertaufholungen durch Sekundärmarktverkäufe über Buchwert von Anleihen im Bereich von US-RMBS (US-amerikanische Residential Mortgage Backed Securities) realisiert werden.

Liquiditätsgarantien

Im Geschäftsjahr 2012 wurden EUR 1,75 Mrd. Liquiditätsgarantien der Republik Österreich ohne Beanspruchung rückgeführt. Durch eine weitere Fälligkeit von EUR 1,0 Mrd. im Juni 2013 werden sich die aushaftenden Liquiditätsgarantien zum 31. Dezember 2013 plangemäß auf EUR 4,3 Mrd. reduzieren; davon sind EUR 3,0 Mrd. Garantien für das Commercial Paper (CP)-Programm der KF, welche kostengünstige Refinanzierungssätze für die KF sicherstellen. Gegenüber dem Höchststand zum Jahresende 2010 wird sich das liquiditätsbezogene Garantievolumen damit um EUR 5,1 Mrd. bzw. 54 % ohne Beanspruchung reduziert haben. Vom Gesamtrefinanzierungsvolumen per 31. Dezember 2012 von EUR 9,5 Mrd. wurden zum 31. Dezember 2012 EUR 4,6 Mrd. bzw. 49 % unabhängig von direkten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen am freien Markt aufgebracht.

Die Liquiditätssituation der KF hat sich im Geschäftsjahr 2012 insbesondere infolge der von der Europäischen Zentralbank (EZB) getroffenen Maßnahmen wesentlich verbessert. Insbesondere haben sich die unter CDS-Vereinbarungen und unter Absicherungspositionen mit Marktpartnern zu erbringenden Collateralleistungen zum Stichtag um EUR 1,3 Mrd. reduziert.

Haftungsentgelte

Im Geschäftsjahr 2012 hat die KF EUR 83,3 Mio. Haftungsentgelte für die Kapitalunterstützung sowie Liquiditätsgarantien der Republik Österreich geleistet. Insgesamt resultieren daraus bisher EUR 623,3 Mio. Brutto-Haftungsentgelte. Nach Abzug der von der Republik Österreich bis Ende 2011 geleisteten Restrukturierungsbeiträge in Höhe von EUR 210,0 Mio. ergeben sich Netto-Haftungsentgelte von EUR 413,3 Mio.

Portfoliostruktur

Das Gesamtportfolio der KF betrug zum Stichtag 31. Dezember 2012 EUR 14,5 Mrd. Davon sind EUR 12,4 Mrd. bzw. 85,4 % im Investmentgrade-Bereich (BBB oder besser) gerated; EUR 4,3 Mrd. bzw. 30,0 % entfallen auf den AAA/AA-Bereich; das durchschnittliche Rating beträgt A-. Die Non-Performing-Loan-Ratio beträgt 0,2 %. Durch weitere Abbaumaßnahmen im ersten Quartal 2013 von EUR 0,9 Mrd. vor allem im CDS-Bereich hat sich das Portfoliorisiko zum 31. März 2013 auf EUR 13,6 Mrd. oder insgesamt auf 45 % des Ausgangsportfolios reduziert.

Durch die gesetzten Portfolioabbaumaßnahmen wurde das Konzentrationsrisiko ebenso wesentlich reduziert. Die zehn größten Risiken aus souveränem Obligo, Gebietskörperschaften und staatsgarantierten Positionen konnten per 31. Dezember 2012 auf EUR 5,5 Mrd. abgebaut werden; das darin enthaltene Obligo in Ländern mit Unterstützungsmaßnahmen betrug per 31. Dezember 2012 EUR 2,5 Mrd. oder 17,3 % des Portfolios und reduzierte sich im ersten Quartal 2013 auf EUR 2,1 Mrd. oder 15,6 % des Gesamtportfolios.

Bilanzstruktur und Kapitalausstattung

Die KF hielt zum 31. Dezember 2012 Kernkapital in Höhe von EUR 403,6 Mio. (31.12.2011: EUR 474,3 Mio.), der Eigenmittelbestand belief sich auf EUR 639,6 Mio. (31.12.2011: EUR 836,5 Mio.). Auf Basis risikogewichteter Aktiva von EUR 4,9 Mrd. (31.12.2011: EUR 6,4 Mrd.) ergab sich somit eine Tier 1-Ratio von 8,3 % (31.12.2011: 7,3 %) und eine Eigenmittelquote von 13,1 % (31.12.2011: 12,9 %). Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2012 betrug EUR 11,0 Mrd. (31.12.2011: EUR 14,9 Mrd.). Dies entspricht einer Reduktion im Vergleich zum Vorjahr um EUR 3,9 Mrd. oder 26,4 %.

Übertragung der KF-Anteile der Republik an die FIMBAG / Aktionärsstruktur

Mit Übertragungsvereinbarung vom 17. Februar 2012 wurde der 99,78 %-Anteil der Republik Österreich an der KF vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) an die FIMBAG Finanzmarkteteiligung Aktiengesellschaft des Bundes als Treuhänder übertragen.

Der Österreichische Gemeindebund war bis 31. Dezember 2011 mit 0,22 % am Grundkapital der KF beteiligt. Er hat voll am Kapitalschnitt teilgenommen, jedoch auf das zustehende Bezugsrecht in der nachfolgenden Kapitalerhöhung verzichtet. Die Republik Österreich hält somit seit 31. Dezember 2011 100 % der Anteile der KF, treuhänderisch über die FIMBAG.

Ausblick

Die Marktlage hat sich nach den von der EU sowie der EZB im Laufe des Geschäftsjahres 2012 getroffenen Maßnahmen wesentlich verbessert, ist jedoch weiterhin volatil. Die KF konnte in diesem Marktumfeld günstige Marktfenster zur Portfolioreduktion nutzen. Im Hinblick auf die weiterhin bestehenden Risiken der KF im Euro-Raum ist die Entwicklung in dieser Zone von besonderer Bedeutung. Insgesamt wird unter Berücksichtigung von budgetierten Haftungsgebühren über EUR 47 Mio. auch für das laufende Geschäftsjahr 2013 kein positives Jahresergebnis erwartet. Daraus, sowie aufgrund der vorrangigen Verwendung allfälliger Überschüsse zur erforderlichen Bedienung der Besserungsscheinverpflichtung, ergeben sich für das Geschäftsjahr 2013 sowie in absehbarer Zukunft keine Ausschüttungen auf das Ergänzungskapital.

Auch namens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses möchte ich mich beim Aktionär, dem Aufsichtsrat und Marktpartnern für die Unterstützung und positive Zusammenarbeit während des letzten Jahres herzlich bedanken. Der Vorstand dankt ebenso den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses für den wiederum engagierten Einsatz im Geschäftsjahr. Die KF wird sich den gestellten Aufgaben auch in Zukunft mit hohem Engagement widmen.



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstands

Organe der Gesellschaft

Vorstand

Mag. Alois Steinbichler

Vorsitzender des Vorstands, seit 7. November 2008

Mag. Andreas Fleischmann

Mitglied des Vorstands seit 1. Februar 2009

Aufsichtsrat

KR Dr. Klaus Liebscher

Aufsichtsratsvorsitzender

Mitglied des Vorstands der Finanzmarkteteiligung AG

KR Adolf Wala

Stv. Aufsichtsratsvorsitzender

Mitglied des Vorstands der Finanzmarkteteiligung AG

Prof. Helmut Mödlhammer (bis 28. April 2012)

Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Bürgermeister der Gemeinde Hallwang, mit Rechtswirksamkeit der Kapitalherabsetzung am 28. April 2012 ausgeschieden

Dir. Mag. Werner Muhm

Direktor der Arbeiterkammer Wien und Bundesarbeiterkammer

DI Herbert Paierl

Selbständiger Unternehmer

Dir. Mag. Georg Schöppl

Mitglied des Vorstands der Österreichischen Bundesforste AG

Franz Hofer, MSc

vom Betriebsrat entsandt

DI Martin Öhlknecht

vom Betriebsrat entsandt

Christine Sipek

vom Betriebsrat entsandt

Staatskommissär

SC Univ.-Doz. Dr. Gerhard Steger

Staatskommissär

Bundesministerium für Finanzen, Abteilungsleiter Sektion II Budget

Mag. Wolfgang Nitsche

Staatskommissär-Stellvertreter

Bundesministerium für Finanzen

Regierungskommissär für den Deckungsstock für fundierte Bankschuldverschreibungen

Dr. Heinrich Traumüller

Regierungskommissär

Bundesministerium für Finanzen

Mag. Wolfgang Nitsche

Regierungskommissär-Stellvertreter

Bundesministerium für Finanzen

Zum Zeitpunkt der Berichtslegung hatte die Bank keine fundierten Bankschuldverschreibungen aushaftend.

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das weltweite Wirtschaftswachstum verzeichnete, nach einer kurzfristigen Verbesserung zu Jahresbeginn 2012, im Laufe der ersten Jahreshälfte einen deutlichen Einbruch. Neben der schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Europa hat sich auch in den Schwellenländern und den USA die Konjunkturdynamik abgeschwächt.

Das konjunkturelle Umfeld war allgemein gegenüber 2011 von einer schwächeren Tendenz gekennzeichnet, u. a. geprägt durch die weitreichenden Sparmaßnahmen des öffentlichen Sektors im europäischen Raum. Die Wirtschaftsleistung in Österreich zeigt sich in diesem Umfeld verhältnismäßig stabil. Nach einem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in Österreich im Jahr 2011 von 2,7 %, ging das Wachstum 2012 auf 0,8 % zurück und wird auch für 2013 auf diesem Niveau erwartet. Für das Jahr 2014 wird von einer Erholung auf 1,8 % ausgegangen; die Entwicklung liegt damit über dem europäischen Durchschnitt. Mit aktuell 4,9 % besitzt Österreich zudem die niedrigste Arbeitslosenquote im Euro-Raum (11,8 %), während die Peripheriestaaten weiterhin mit Arbeitslosenquoten weit über dem Euro-Raum-Durchschnitt zu kämpfen haben. Die Wirtschaftsleistung im Euro-Raum ist gemäß Eurostat (Statistisches Amt der Europäischen Union) im Jahr 2012 um -0,6 % zurückgegangen und wird 2013 mit -0,3 % ebenfalls noch rückläufig sein. Diese Prognosen wurden im Jahresverlauf 2012 nach unten korrigiert und sind vorbehaltlich einer neuerlichen Verschärfung der Staatsschuldensituation zu betrachten.

Die weitere konjunkturelle Entwicklung wird auch vom Verlauf der Volatilitäten an den Finanzmärkten abhängig sein. Diese sind wiederum wesentlich von der Umsetzung der auf europäischer Ebene vereinbarten Maßnahmen bestimmt, wobei die Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) im Jahr 2012 einen signifikanten Beitrag zur Beruhigung der Situation geleistet haben.

Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftlichen Entwicklungen und Prognosen waren maßgeblich durch die Geschehnisse auf den internationalen Finanzmärkten geprägt. Die Risikoaufschläge bzw. Renditen im Euro-Raum zeigten dabei insbesondere in der ersten Jahreshälfte stark divergierende Entwicklungen; in der zweiten Jahreshälfte kam es aufgrund der positiv wirkenden Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) zu einer Verbesserung der Marktsituation.

Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar schwächte sich nach seinem Höchststand von 1,34 Ende Februar 2012 auf zwischenzeitlich 1,21 zur Jahreshälfte ab und erstarkte in der zweiten Jahreshälfte wieder mit einem Kurs von 1,31 zum Jahresende 2012. Das Zinsniveau war im gesamten Jahresverlauf durch sinkende Basissätze gekennzeichnet. So fiel der 10-jährige Euro-Swapsatz von 2,44 % zu Jahresbeginn auf 1,57 % per 31. Dezember 2012. Auch die Geldmärkte waren durch ein sinkendes Zinsniveau gekennzeichnet, geprägt durch die Maßnahmen der Zentralbanken. Anfang Juli 2012 hat die EZB erwartungsgemäß den Leitzins um 0,25 Prozentpunkte auf 0,75 % gesenkt und den Zinssatz im weiteren Jahresverlauf auf diesem Niveau belassen. Der vergleichbare Leitzinssatz der US-Notenbank FED ist weiterhin unverändert auf dem Rekordtief von 0,0 % bis 0,25 %.

Europäische Staatsschuldensituation

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren vor allem in der ersten Jahreshälfte von den anhaltenden und ausgeprägten Volatilitäten an den Finanzmärkten dominiert. Zu Beginn des Jahres war, nach den massiven Marktverwerfungen im zweiten Halbjahr 2011, eine leichte Erholung und Stabilisierung der Geld- und Kapitalmärkte zu verzeichnen. Dies wurde in erster Linie durch gezielte Maßnahmen seitens der EZB im Rahmen von

Drei-Jahres-Tendern (LTRO – Long Term Refinancing Operation) im Dezember 2011 bzw. Februar 2012 unterstützt.

Gleichzeitig war der Jahresbeginn geprägt durch die Umsetzung des Umschuldungsprogramms für Griechenland (PSI II – Private Sector Involvement) im März/April 2012. Im Zentrum stand ein massiver Forderungsverzicht Privatgläubiger auf die Bedienung griechischer Staatsschulden, vertieft durch die einseitige Einführung von Collective Action Clauses (CAC) auf Anleihen unter griechischem Recht; der buchtechnische Wert des Tauschangebotes für Anleiheninhaber lag bei lediglich 22,5 % des Nominales. Eine nachfolgende kurzfristige Markterholung im zweiten Quartal wurde rasch von der Unsicherheit über den Wahlausgang in Griechenland sowie von zunehmenden Haushaltsproblemen und Bankenrestrukturierungserfordernissen in Spanien überlagert.

Die Refinanzierungsaufschläge für Staatsanleihen, insbesondere für Spanien und Italien, haben sich in Folge bis zur Jahresmitte 2012 stark erhöht. Gleichzeitig verzeichneten europäische Kernländer (z. B. Finnland, Niederlande, Deutschland, Österreich) sinkende Risikoaufschläge bzw. zum Teil negative Verzinsungen, woraus das Ausmaß der Marktverwerfungen deutlich sichtbar wurde. Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Union (EU) eine Reihe korrigierender Maßnahmen ergriffen.

Bereits im Dezember 2011 wurde zur Konsolidierung der nationalen Haushalte der „Fiskalpakt“ beschlossen und im Rahmen des SKS-Vertrages („Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“) geregelt; dieser wurde am 2. März 2012 durch 25 EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet. Zukünftige Unterstützungsmaßnahmen aus EU-Programmen können demnach nur nach Maßgabe dieses Fiskalpaktes beansprucht werden.

Im Dezember 2011 wurde zusätzlich zu der seit Mai 2010 bestehenden European Financial Stability Facility (EFSF) die Einführung des European Stability Mechanism (ESM) im Ausmaß von EUR 700 Mrd. beschlossen. Der bestehende EFSF-Fonds soll zukünftig in den ESM-Rahmen übergeführt werden und bildet damit den sogenannten „Rettungsschirm“. Das ESM-Programm wurde schließlich nach der Entscheidung des in Deutschland angerufenen Bundesverfassungsgerichts am 27. September 2012 ratifiziert.

Ende Juni 2012 wurde ein EUR 120 Mrd.-Programm für Wachstum und Beschäftigung beschlossen. Ebenso im Juni 2012 hat der Europäische Rat ein EUR 100 Mrd.-Unterstützungspaket zur Stabilisierung des spanischen Bankensystems, insbesondere des Sparkassensektors, im Rahmen des EFSF-Programmes beschlossen; die Bankenhilfe wurde Anfang Dezember 2012 mit EUR 39,5 Mrd. seitens Spanien formell beantragt, wobei die ESM-Mittel über den staatlichen Fonds (FROB – Fondo de Reestructuración Ordenada Bancaria) ausgezahlt wurden.

Nach langen Verhandlungen haben sich die Finanzminister der EU Anfang Dezember 2012 auf die Gründung einer gemeinsamen Bankenaufsicht geeinigt; der rechtliche Rahmen dazu wurde in Abstimmung zwischen den EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament Mitte März 2013 festgelegt. Die Aufsichtsbehörde wird bei der EZB angesiedelt sein und soll alle Banken in der Euro-Zone überwachen, deren Bilanzsumme über EUR 30 Mrd. beträgt oder 20 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) eines Landes ausmacht. Ebenso sollen jene Banken, die staatliche Unterstützungen erhalten haben, von der neuen Aufsichtsbehörde überwacht werden. Der Aufbau der erforderlichen umfangreichen Infrastruktur ist derzeit bei der EZB in Umsetzung.

Schließlich hat die Republik Zypern im Juni 2012 ein Unterstützungsansuchen an die EU gerichtet und im November 2012 mit zunächst EUR 17,5 Mrd. konkretisiert. Am 25. März 2013 wurde schließlich ein EU-Hilfsprogramm für Zypern in Höhe von EUR 10 Mrd. bereitgestellt; zusätzlich wurde ein Eigenbeitrag von Zypern im Ausmaß von EUR 5,8 Mrd. spezifiziert, welcher vor allem über ein „Bailing-in“ von Einlagen über EUR 100 Tsd. in der Restrukturierung der zwei größten Banken des Landes, der Bank of Cyprus sowie der Laiki Bank, bereitgestellt wird. Der Internationale Währungsfonds (IWF) ist an dem Programm mit Finanzhilfen im Ausmaß von EUR 1 Mrd. beteiligt.

Finanzmärkte und EZB-Maßnahmen

Nach der fortdauernden Anspannung der Geld- und Kapitalmärkte in der zweiten Jahreshälfte 2011 haben die im Dezember 2011 bzw. Februar 2012 durchgeführten Maßnahmen der EZB über die Long Term Refinancing Operation (LTRO) im Ausmaß von EUR 489,2 Mrd. bzw. EUR 529,5 Mrd. zu einer wesentlichen Stabilisierung der Refinanzierungsmärkte geführt.

Zudem wurden seitens der EZB bereits Ende 2011 / Anfang 2012 selektiv Staatsanleihenankäufe durchgeführt. Nachdem die EZB diese zwischenzeitig wieder ausgesetzt hatte, wurde am 6. September 2012 beschlossen, die Staatsanleihenkäufe im Rahmen des Outright Monetary Transactions Programms (OMT) zu formalisieren. Zur Erleichterung der Refinanzierungsbedingungen der betroffenen Staaten können damit unter Kontrolle der Stabilitätsfonds EFSF und ESM unbeschränkt Staatsanleihen am Sekundärmarkt durch die EZB erworben werden. Allein die Ankündigung des OMT-Programms führte zu einer deutlichen Reduktion der Risikoaufschläge; tatsächlich wurden bisher keine Staatsanleihen im Rahmen des OMT erworben.

Zusätzlich wurde, wie bereits oben erwähnt, der Europäische Leitzinssatz im Juli 2012 von 1,0 % auf das historische Tief von 0,75 % gesenkt.

Budgetkrise der USA („Fiscal Cliff“)

Die USA setzten, auf Jahressicht, ihren soliden Wachstumskurs fort, obwohl das Wachstum am Jahresende fast zum Stillstand kam; gleichzeitig erholte sich die Arbeitslosenquote und lag zuletzt auf dem Niveau von 2008. Um die US-Wirtschaft weiter anzukurbeln, verfolgt die Federal Reserve Bank (FED) weiterhin eine uneingeschränkt expansive Geldpolitik. Geprägt war das Wirtschaftsgeschehen in den USA jedoch auch von der Unsicherheit über die andauernde Haushaltsdebatte zwischen der demokratischen und der republikanischen Partei; diese hatten sich 2011 nicht auf einen Staatshaushalt einigen können, in Folge waren Steuererhöhungen sowie drastische Ausgabenkürzungen im Rahmen des „Budget Control Act“ vereinbart worden, die Anfang 2013 automatisch eintreten sollten, falls es zu keiner Einigung kommen sollte („Fiscal Cliff“). Nachdem sich die Fronten zwischen den politischen Parteien weiter verhärtet hatten und auch nach einer weiteren Verschiebung kein Kompromiss erzielt werden konnte, traten die oben genannten Maßnahmen nunmehr per 1. März 2013 in angepasster Form in Kraft. Insgesamt kommen somit Kürzungen von USD 1,2 Bill. bis 2020 zum Tragen, davon USD 85 Mrd. 2013. Trotz dieser Maßnahmen werden die USA voraussichtlich im Mai 2013 neuerlich die Schuldenobergrenze erreichen.

Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Unternehmenszweck

Die KA Finanz AG (KF) ging zum 28. November 2009 aus der Spaltung der vormaligen Kommunalkredit Austria AG (KA alt) hervor und ist deren Rechtsnachfolgerin. Auf Basis eines von der Europäischen Wettbewerbskommission genehmigten Restrukturierungsplanes ist die KF für den strukturierten Abbau des nicht strategischen Portfolios zuständig. Dabei stehen der fokussierte Risikoabbau bei angestrebter Minimierung des Einsatzes öffentlicher Ressourcen, die Wahrung von Wertaufholungspotenzialen sowie der bestmögliche Eigenbeitrag unter Berücksichtigung der Erfordernisse des EU-Beihilfenrechts (Burdensharing) im Fokus der Tätigkeiten der KF. Eine aktivseitige Ausweitung des Geschäftsvolumens findet nicht statt; die Refinanzierung der bestehenden Aktiva erfolgt in erster Linie über besicherte und unbesicherte Commercial-Paper-Emissionen, Kundeneinlagen sowie besicherte Geldmarktgeschäfte (Repos).

Geschäftsverlauf 2012

Die KF konnte 2012, trotz angespannter Marktlage, Risikopositionen im Ausmaß von insgesamt EUR 4,9 Mrd. abbauen und entsprach damit den oben genannten Zielsetzungen. Es wurden EUR 2,9 Mrd. CDS-Positionen sowie EUR 1,0 Mrd. Wertpapiere und Darlehen durch aktiven Abbau reduziert; weitere EUR 1,1 Mrd. durch planmäßige Tilgungen.

Seit Beginn der Restrukturierung im November 2008 bis 31. Dezember 2012 wurden ausgehend von einem Risikoportfolio von EUR 30 Mrd. bisher insgesamt EUR 15,1 Mrd. bzw. 52 % des Risikoportfolios der KF abgebaut; dies liegt wesentlich über den Budgetwerten.

Im Jahr 2012 konnten vor allem die positivere Marktverfassung im März und April sowie die neuerliche Markterholung im vierten Quartal genutzt werden, um Risikopositionen zu reduzieren. Dabei lag der Schwerpunkt der Abbauaktivitäten auf der Reduktion der CDS-Risiken gegenüber europäischen Staaten (EUR 2,8 Mrd.). Ergänzend dazu wurde das USA-Risiko mit Nominale EUR 304,5 Mio. schwerpunktmäßig abgebaut.

Nachfolgende Tabelle zeigt den Abbau der Risikopositionen seit Ende 2008, gegliedert nach Tilgung und Verkauf sowie nach Risikokategorien.

Abbau der Risikopositionen seit November 2008 in EUR Mio.	2008/2009 ¹⁾	2010	2011	2012 ³⁾	Summe 2008 bis 2012
Wertpapiere – Verkauf	516	964	1.513	895	3.888
Darlehen – Verkauf	0	115	539	90	744
CDS – Verkauf ²⁾	2.183	20	108	2.894	5.205
Summe Verkauf	2.699	1.099	2.160	3.878	9.836
Wertpapiere – Tilgung	635	560	609	758	2.562
Darlehen – Tilgung	870	816	203	130	2.019
CDS – Ausgelaufen ²⁾	298	202	40	173	713
Summe Tilgung	1.803	1.578	852	1.061	5.294
Summe Verkauf/Tilgung	4.502	2.677	3.012	4.939	15.130

1) für 2008/2009 abgebaute Nominalwerte

2) CDS-Sell-Positionen, nicht bilanzwirksam

3) Abbaueffekte aus dem PSI II Griechenland (März 2012) sind nicht berücksichtigt

Länderrisiko Griechenland – Private Sector Involvement (PSI)

Zum 31. Dezember 2012 hat sich das vorhandene souveräne Griechenland-Obligo der KF auf EUR 61,6 Mio. reduziert; dieses betrifft ein Darlehensportfolio an griechische Gemeinden, welches voll von der Republik Österreich verbürgt ist.

Wie ausführlich im Halbjahresbericht 2012 berichtet, hatten die im ersten Quartal 2012 umgesetzten Umschuldungsmaßnahmen für die Republik Griechenland (PSI II) rückwirkend auf den 31. Dezember 2011 wesentliche Auswirkungen auf die KF. In Summe resultierte für die KF für 2011 ein Wertberichtigungsbedarf (inkl. Auflösung von Zins-Hedgeswaps) von EUR 1.034,1 Mio., welcher in der Kapitalbasis der KF nicht gedeckt werden konnte.

Zur Rekapitalisierung der KF wurden in Folge in enger Abstimmung mit der Republik Österreich umfassende Kapitalmaßnahmen mit Wirksamkeit per 31. Dezember 2011 wie folgt gesetzt: EUR 609,6 Mio. Gesellschafterzuschuss der Republik Österreich; EUR 251,2 Mio. Bundesbürgschaft; EUR 389,0 Mio. Kapitalerhöhung der Republik Österreich gemäß §§ 182 ff iVm § 181 AktG nach Durchführung einer vereinfachten Kapitalherabsetzung des Grundkapitals sowie des Partizipationskapitals von EUR 22,3 Mio. bzw. EUR 434,1 Mio. auf jeweils Null; gleichzeitig wurden EUR 337,9 Mio. an Rücklagen aufgelöst. Somit verfügte die KF danach zum 31. Dezember 2011 über ein Kernkapital in Höhe von EUR 474,3 Mio. und Eigenmittel von EUR 836,5 Mio. mit einer Eigenmittelquote von 12,9 % und einer Kernkapitalquote von 7,3 %.

Nach Durchführung der Umschuldungsmaßnahmen im März 2012 (PSI II) verblieb in der KF zum Halbjahr 2012 ein Gesamtexposure gegenüber der Republik Griechenland von EUR 297,1 Mio. Buchwert (Nominale EUR 484,5 Mio.). Davon waren EUR 234,3 Mio. unter der Bürgschaft der Republik Österreich gedeckt, womit das unbesicherte Obligo per 30. Juni 2012 EUR 62,8 Mio. betrug (davon EUR 30,8 Mio. direkt gegenüber der Republik Griechenland aus der Abwicklung des Umschuldungsprogramms sowie EUR 32,0 Mio. gegenüber griechischen Unternehmen, welche staatsgarantiert waren). Weiters bestanden EUR 59,3 Mio. Obligo gegenüber griechischen Gemeinden, die Anfang August 2012 unter die Bundesbürgschaft der Republik Österreich gestellt wurden; diese erhöhte sich damit von EUR 251,2 Mio. (Stand 31.12.2011) auf EUR 312,4 Mio.

Tauschprogramm Griechenland Dezember 2012 / Reduktion der Bundesbürgschaft

Zur weiteren Unterstützung der Griechischen Republik hat die Euro-Gruppe am 26. November 2012 ein Tauschprogramm für griechische Staatsanleihen beschlossen; i. e. griechische Staatsanleihen konnten in diesem Tauschprogramm gegen kurzlaufende EFSF-Anleihen mit einem rechnerischen Marktwert von 32 % getauscht werden. Dies hat zu einer entsprechenden Verbesserung der Sekundärmarktpreise für griechische Staatsanleihen geführt.

Die KF hat diese Marktverbesserung genutzt, um zunächst Nominale EUR 282,5 Mio. bzw. EUR 186,3 Mio. Buchwert von Staatsanleihen und staatsgarantierten Anleihen am Sekundärmarkt zu veräußern. Des Weiteren wurden Nominale EUR 202,0 Mio. bzw. EUR 121,6 Mio. Buchwert Staatsanleihen in EFSF-Anleihen getauscht, welche in späterer Folge veräußert wurden. Im Vergleich zu einer Abwicklung dieser Positionen im Rahmen des PSI II konnte damit eine Wertaufholung von EUR 99,4 Mio. erzielt werden, welche aufgrund der Bundesbürgschaft nur im Ausmaß von EUR 24,6 Mio. für die KF GuV-wirksam war.

Das souveräne Risiko gegenüber Griechenland reduzierte sich damit per 31. Dezember 2012 auf das voll von der Republik Österreich verbürgte Obligo gegenüber griechischen Gemeinden in Höhe von EUR 61,6 Mio.

Durch die obigen Maßnahmen insgesamt konnte die Bundesbürgschaft von EUR 312,4 Mio. um EUR 230,1 Mio. auf nunmehr EUR 82,3 Mio. reduziert werden, wobei nach einer Maastricht-relevanten Bürgschaftsreduktion im Ausmaß von EUR 93,9 Mio. (plus Stückzinsen), die für die Republik Österreich eine Wertaufholung darstellte (für die KF nicht GuV-wirksam), ein Bürgschaftsbetrag von EUR 133,7 Mio. zur Auszahlung kam. Durch die realisierte Wertaufholung sowie unter Berücksichtigung zusätzlich geleisteter Haftungsentgelte haben sich die Kapitalmaßnahmen der Republik Österreich gegenüber dem Halbjahr 2012 von EUR 2.028,5 Mio. auf EUR 1.908,8 Mio. zum 31. Dezember 2012 reduziert.

Gesamtportfolio der KF zum 31. Dezember 2012

Zum Stichtag 31. Dezember 2012 belief sich das risikorelevante Portfolio der KF auf ein Gesamtvolumen von EUR 14,5 Mrd.; davon waren EUR 6,6 Mrd. Wertpapiere, EUR 0,9 Mrd. Darlehen sowie EUR 6,2 Mrd. CDS/Haftungen (netto nach Absicherungshedges). Insgesamt hat das Portfolio der KF ein durchschnittliches Rating von A- (Skalierung nach Standard & Poor's/Fitch). EUR 12,4 Mrd. bzw. 85,4 % des Gesamtportfolios waren dabei im Investment-Grade-Bereich (BBB oder besser); EUR 4,3 Mrd. bzw. 30,0 % im AAA/AA-Bereich. Zu betonen ist zudem, dass die NPL-Ratio (90 Tage überfällige Kapital-/Zinszahlungen) nur 0,2 % beträgt.

Die geografische Konzentration des Gesamtexposures gegenüber dem Euro-Raum (EU-17 inkl. Österreich) reduzierte sich in Folge der Abbaumaßnahmen 2012 von 54,0 % auf 50,8 %; auf die restlichen EU-Staaten entfielen 24,3 %. Das Exposure in sonstigen Staaten von 24,9 % war zu 15,8 % den USA und Kanada zuzurechnen.

Wertpapiere und Darlehen in Höhe von EUR 7,5 Mrd. waren zu 84,0 % im Investment-Grade-Bereich (BBB oder besser) und 25,1 % im AAA/AA-Bereich geratet; 58,7 % des Wertpapier- und Darlehensportfolios waren dem EU-Raum zuzuordnen, davon 34,2 % den EU-17 sowie 24,5 % den restlichen EU-Staaten. Auf sonstige Staaten entfielen 41,3 % des Wertpapier- und Darlehensexposures; dabei war mit 26,3 % der Großteil dieses Exposures den USA und Kanada zuzurechnen sowie 3,2 % Nicht-EU-Europa.

Das CDS- und Haftungsexposure belief sich zum Stichtag auf EUR 6,2 Mrd. und beinhaltete hauptsächlich Single-Name-CDS. Davon waren 86,5 % dem Investment-Grade-Bereich (BBB oder besser) sowie 35,2 % dem AAA/AA-Bereich zuzuordnen. Geografisch waren 93,9 % EU-Staaten zuzuordnen, wobei 72,5 % auf den EU-17-Euro-Währungsraum und weitere 21,4 % auf sonstige EU-Staaten entfielen.

31.12.2012 in EUR 1.000	Gesamtexposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/Haftungen	davon Darlehen
Österreich	969.196	6,7 %	197.094	495.643	184.308
EU-17 (Euro-Raum ohne Österreich)	6.378.890	44,1 %	1.879.965	3.990.387	312.648
EU-Nicht-Euro-Raum	3.511.740	24,3 %	1.519.510	1.324.025	321.537
Nicht-EU-Europa	445.965	3,1 %	179.482	187.489	64.714
Sonstige (v. a. USA)	3.156.714	21,8 %	2.859.428	187.168	1.456
Summe	14.462.505	100,0 %	6.635.478	6.184.712	884.664

Die obige Darstellung zeigt, dass vom Gesamtportfolio EUR 10,9 Mrd. bzw. 75,1 % auf europäische Risiken entfallen, davon EUR 7,3 Mrd. bzw. 50,8 % auf den Euro-Raum (EU-17 inkl. Österreich).

Die zehn größten Positionen aus souveränem Obligo, Gebietskörperschaften und staatsgarantierten Obligo betragen EUR 5,5 Mrd. oder 38,3 % wie folgt:

Partner in EUR 1.000	Exposure per 31.12.2012	Anteil	davon Zentralstaat	davon Gebietskörperschaften	davon staats- garantiert	davon Wertpapiere	davon CDS / Haftungen	davon Darlehen
1 Italien	856.893	5,9 %	633.487	223.406	0	555.078	301.815	0
2 Portugal*	745.934	5,2 %	739.178	6.757	0	153.639	592.295	0
3 Spanien*	729.405	5,0 %	702.847	26.558	0	142.569	560.277	26.558
4 Österreich	680.330	4,7 %	495.643	0	184.686	122.958	495.643	61.728
5 Irland*	655.461	4,5 %	655.461	0	0	100.912	554.548	0
6 Polen	515.721	3,6 %	514.418	1.303	0	504.131	11.590	0
7 Zypern*	366.122	2,5 %	184.967	0	181.155	32.648	152.319	181.155
8 Ungarn	356.745	2,5 %	356.745	0	0	196.026	160.719	0
9 Finnland	321.281	2,2 %	321.281	0	0	0	321.281	0
10 Belgien	306.482	2,1 %	306.482	0	0	0	306.482	0
Summe Top 10	5.534.374	38,3 %	4.910.509	258.024	365.841	1.807.963	3.456.970	269.441
Gesamt-Portfolio	14.462.505	100,0 %				6.635.478	6.184.712	884.664

*) unter EU-Stützungsmaßnahmen

Von den zehn größten Risikogruppen aus souveränem Obligo, Gebietskörperschaften und staatsgarantierten Positionen von EUR 5,5 Mrd. entfallen EUR 4,7 Mrd. oder 84,2 % auf die Euro-Zone. Darin enthalten ist ein Obligoanteil von EUR 2,5 Mrd. oder 17,3 % des Gesamtportfolios an Staaten unter europäischen Stützungsmaßnahmen.

Die KF hat in Ländern unter EU-Stützungsmaßnahmen kein signifikantes Bankenobligo. Dieses beträgt in diesem Raum zum 31. Dezember 2012 insgesamt EUR 42,8 Mio., welches zum größten Teil bis 2014 fällig wird.

Stille Lasten

Per 31. Dezember 2012 betragen die stillen Lasten, d. h. der Unterschied zwischen Buch- und Marktwerten, EUR 1,7 Mrd. (davon EUR 1,3 Mrd. aus Wertpapieren inkl. Derivaten, EUR 0,4 Mrd. aus CDS/Haftungen). Aufgrund der positiven Marktentwicklung 2012 sind die stillen Lasten im Jahresverlauf deutlich gesunken und vergleichen sich mit stillen Lasten per 31. Dezember 2011 von EUR 3,0 Mrd. nach Griechenland-Wertberichtigungen.

Kapitalmaßnahmen der Republik Österreich für KF seit Verstaatlichung

Unter Berücksichtigung aller getroffenen Maßnahmen wurden seitens der Republik Österreich per 31. Dezember 2012 netto EUR 1.908,8 Mio. an kapitalwirksamen Unterstützungsmaßnahmen wie folgt geleistet:

Überblick Kapitalmaßnahmen der Republik Österreich

in EUR Mio.	31.12.2012
Besserungsscheinbürgschaft aus Kapitalisierungsvereinbarung vom 17.11.2009; Zahlung am 8.7.2013	1.140,9
Gesellschafterzuschuss 2011	609,6
Kapitalerhöhung 2011	389,0
Bundesbürgschaft per 31.12.2012	82,3
Bundesbürgschaftszahlung Dezember 2012	133,7
Summe brutto	2.355,5
Geleistete Haftungsentgelte KF 2008 bis 12/2012	-623,3
Rückflüsse aus Restrukturierungsbeiträgen des Bundes 2008 bis 12/2011	210,0
Haftungsentgelte KA – Besserungsscheinstruktur 2009 bis 12/2012	-33,4
Summe netto	1.908,8

Unter Berücksichtigung der geleisteten Haftungsentgelte der KF von netto EUR 413,3 Mio. (Brutto-Haftungsentgelte EUR 623,3 Mio. minus EUR 210,0 Mio. Restrukturierungsbeiträge) sowie der KA von EUR 33,4 Mio. betragen die Kapitalmaßnahmen der Republik Österreich zugunsten der KF EUR 1.908,8 Mio. per 31. Dezember 2012. In Folge der Wertaufholungen zugunsten der Republik Österreich aus dem Tauschprogramm und Sekundärmarktverkäufen zu Griechenland im Ausmaß von EUR 93,9 Mio. sowie zusätzlich geleisteter Haftungsentgelte haben sich die Kapitalmaßnahmen gegenüber dem Halbjahr 2012 um EUR 119,7 Mio. reduziert.

Für die geleisteten Kapitalmaßnahmen aus der Besserungsscheinbürgschaft stehen der Republik Österreich zum Stichtag 31. Dezember 2012 zukünftige Jahresüberschüsse bzw. zukünftige Liquidationserlöse bis zur vollständigen Bedienung dieses Besserungsrechtes im Ausmaß von EUR 1.140,9 Mio. vorrangig vor sonstigen Genussrechten und Eigenkapitalinstrumenten zu.

Haftungsentgelte an die Republik Österreich

Die KF hat bis zum 31. Dezember 2012 insgesamt EUR 623,3 Mio. Brutto-Haftungsentgelte seit der Übernahme durch die Republik Österreich geleistet. Nach Abzug der von der Republik Österreich bis Ende 2011 geleisteten Restrukturierungsbeiträge in Höhe von EUR 210,0 Mio. ergeben sich Netto-Haftungsentgelte von EUR 413,3 Mio. Die 2012 von der KF geleisteten Haftungsentgelte ergaben sich aus EUR 25,5 Mio. für die Bundesbürgschaft der Republik Österreich, EUR 40,2 Mio. für Emissionsgarantien sowie EUR 17,6 Mio. für das staatsgarantierte Commercial-Paper-Programm. Zusätzlich wurden von der KA aus der wirtschaftlich der KF zuzurechnenden Besserungsscheinstruktur EUR 33,4 Mio. seit 2009 als Haftungsentgelte für die Refinanzierung der Besserungsscheinbürgschaft an die Republik Österreich geleistet.

Haftungsentgelte KF / KA alt in EUR Mio.	Summe 2008 bis 2011	2012	Summe 2008 bis 2012
Bürgschaften (inkl. ursprünglicher aktivseitiger Bürgschaft und Besserungsscheinbürgschaft)	321,3	25,5	346,8
Emissionsgarantien	187,6	40,2	227,8
Commercial-Paper-Garantie	5,2	17,6	22,8
Provisionen für Clearingbank-Linie*	15,1	0,0	15,1
ELA-Garantie	10,8	0,0	10,8
Summe KF	540,0	83,3	623,3
Restrukturierungsbeiträge des Bundes	210,0	0,0	210,0
Summe Netto KF	330,0	83,3	413,3

*) ab 28.2.2011 nicht mehr beansprucht

Für das Jahr 2013 sind nach Reduktion der Bundesbürgschaft Haftungsentgelte im Ausmaß von EUR 47 Mio. budgetiert.

Überblick über Liquiditätsmaßnahmen der Republik Österreich

Zum 31. Dezember 2012 bestehen Haftungen der Republik Österreich zugunsten der KF in Höhe von EUR 5,3 Mrd. Während des Geschäftsjahres wurden insgesamt EUR 2,25 Mrd. plangemäß am 6. März 2012 sowie 17. Dezember 2012 getilgt; gleichzeitig wurde das bestehende, von der Republik Österreich garantierte EUR 2,5 Mrd.-CP-Programm Anfang August um EUR 0,5 Mrd. auf EUR 3 Mrd. aufgestockt und sichert der KF kostenschonende Refinanzierungsätze. Auf Basis der Bundesgarantie konnten im Jahresverlauf zum Teil Commercial Papers mit negativer Verzinsung begeben werden, was die Sinnhaftigkeit dieses CP-Programms unterstreicht.

Liquiditätsgarantien

in EUR Mio.	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013
IBSG-Garantien*	0,0	8.514,7	7.547,2	4.547,2	2.297,2	1.246,2
Clearingbanklinie	0,0	0,0	1.750,0	0,0	0,0	0,0
FinStaG-Garantien	5.300,0	0,0	0,0	2.500,0	3.000,0	3.000,0
Summe	5.300,0	8.514,7	9.297,2	7.047,2	5.297,2	4.246,2

*) gem. Fremdwährungskursen zum Emissionszeitpunkt

Verglichen mit dem Höchststand zum Jahresende 2010 hat sich das liquiditätsrelevante Garantievolumen damit bisher um EUR 4,0 Mrd. bzw. 43 % ohne Beanspruchung reduziert. Nach Fälligkeit einer weiteren EUR 1,0 Mrd. staatsgarantierten Anleihe am 17. Juni 2013 wird das ausstehende Garantievolumen zum Jahresende 2013 EUR 4,3 Mrd. betragen. Für ausstehende Liquiditätsgarantien erhält die Republik Österreich in Abhängigkeit der Laufzeit und Währung der zugrundeliegenden Refinanzierung ein jährliches Entgelt zwischen 0,70 % und 1,27 %.

Rating

Die KF verfügt von der Ratingagentur Fitch über ein langfristiges Rating von A+ und ein Kurzfrist-Rating von F1+. Von Standard & Poor's besteht ein langfristiges Rating von A und ein kurzfristiges Rating von A-1. Das staatsgarantierte Commercial-Paper-Programm wird von Standard & Poor's mit A-1+ und von Fitch mit F1+ bewertet. Sämtliche Ratings haben einen stabilen Ausblick.

Übertragung der KF-Anteile der Republik an die FIMBAG / Aktionärsstruktur

Mit Übertragungsvereinbarung vom 17. Februar 2012 wurde der 99,78 %-Anteil der Republik Österreich an der KF vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) an die FIMBAG Finanzmarkteteiligung Aktiengesellschaft des Bundes als Treuhänder übertragen.

Der Österreichische Gemeindebund war bis 31. Dezember 2011 mit 0,22 % am Grundkapital der KF beteiligt. Er hat voll am Kapitalschnitt teilgenommen, jedoch auf das zustehende Bezugsrecht in der nachfolgenden Kapitalerhöhung verzichtet. Die Republik Österreich hält somit durch die Rückwirkung der Kapitalherabsetzung bei gleichzeitiger Kapitalerhöhung seit 31. Dezember 2011 100 % der Anteile der KF, treuhänderisch über die FIMBAG.

Rechnungshofbericht

Der österreichische Rechnungshof hat im Jahr 2010 die Finanzgebarung der KF der vorangegangenen Jahre geprüft. Das Prüfungsergebnis wurde am 15. Oktober 2012 veröffentlicht.

Der Prozess der Verstaatlichung der ehemaligen Kommunalkredit Austria AG, die Ursachen für die Verstaatlichung sowie der von der Europäischen Kommission genehmigte Restrukturierungsplan waren die wesentlichen Aspekte der Prüfung. Der Prüfungsbericht ist unter http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/2012/berichte/teilberichte/bund/Bund_2012_10/Bund_2012_10_4.pdf abrufbar.

Vor-Ort-Prüfung OeNB

Zwischen Juli und November 2012 fand auftrags der Finanzmarktaufsicht (FMA) eine Vor-Ort-Prüfung der OeNB nach § 70 BWG mit Schwerpunkt Verbriefungsrisiko, Liquiditätsrisiko und Kreditderivate statt. Im Rahmen der Prüfung wurde das Risikomanagement als adäquat eingestuft. Im geprüften Bereich hat die OeNB keine Gesetzesverletzungen festgestellt.

Rechtsverfahren

Die KF erwartet keine Belastung aus laufenden Rechtsverfahren. Details zu den Rechtsverfahren finden sich unter Punkt 8.5 des Anhangs.

Geschäftsbesorgungsvertrag / Service Level Agreement zwischen KA und KF

Die KF verfügt über keine eigene Back-Office-Infrastruktur, sondern bezieht die erforderlichen operativen Leistungen über ein Service Level Agreement (SLA) von der KA. Aufgrund einer Arbeitskräfteüberlassungsvereinbarung sind mit Stichtag 31. Dezember 2012 15 MitarbeiterInnen der KA ausschließlich für die KF tätig. Diese sind für das Portfoliomanagement, Risikomanagement und die Organisation der Gesellschaft verantwortlich. Es besteht eine klare Regelung zur Vermeidung von Interessenkonflikten zwischen KA und KF. Über die Einhaltung der Regelung wird regelmäßig dem Aufsichtsrat berichtet; für interessenkonfliktgeneigte Geschäfte ist die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich.

Corporate Governance und Risikomanagement

Im Jahr 2012 wurden insgesamt fünf Aufsichtsratssitzungen und zwei Prüfausschusssitzungen sowie, entsprechend den Vorgaben des novellierten BWG, eine Vergütungsausschusssitzung abgehalten.

Es werden wöchentlich Vorstands- sowie Kreditsitzungen mit Beschluss-, Berichts- und Follow-Up-Agenden abgehalten. Die Interne Revision sowie der Compliance Officer berichten quartalsweise auch direkt an den Aufsichtsrat.

In einem monatlichen Risk Management Committee werden zudem Markt-, operationelle sowie sonstige Risikothemen strukturiert behandelt; zusätzliche Komitees für Kredit-, Kapital- und Liquiditätsbelange finden in wöchentlichen oder kürzeren Abständen statt.

Public Corporate Governance Kodex des Bundes

Ende Oktober 2012 hat die Österreichische Bundesregierung den Public Corporate Governance Kodex des Bundes („B-PCGK“) beschlossen. Der B-PCGK bezieht sich auf Unternehmen, deren direkter oder indirekter Mehrheitsgesellschafter die Republik Österreich ist; er ist daher auch für die KF relevant. Die KF bekennt sich zu den im B-PCGK festgelegten Grundsätzen. Entsprechend befindet sich der B-PCGK in Umsetzung.

Basel III

Am 27. Februar 2013 haben sich das Europäische Parlament und die irische Ratspräsidentschaft im Rahmen der Trilogverhandlungen zu Umsetzungsdetails von CRR I und CRD IV geeinigt; die nachfolgende Ratifizierung durch den ECOFIN ist noch offen. Es wird mit einer Einführung von Basel III per 1. Jänner 2014 gerechnet.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Finanzielle Leistungsindikatoren der KA Finanz AG nach UGB

Ausgewählte Bilanz-Ertragskennzahlen in EUR Mio.	2012	2011
Bilanzsumme	10.969,5	14.901,3
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Schuldverschreibungen	4.488,2	5.800,9
Forderungen an Kreditinstitute	2.860,9	4.472,0
Forderungen an Kunden	2.764,2	3.401,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.975,9	5.330,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	6.463,8	7.349,8
Zinsergebnis	-43,5	-19,6
Haftungsentgelte für Bürgschaften und Emissionsgarantien	-83,3	-170,9
Verwaltungsaufwand	-15,6	-17,4
Betriebsergebnis	-173,6	-217,5
Ergebnis aus Bewertungen und Realisierungen	103,2	-926,2
Außerordentliches Ergebnis	0	609,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-70,3	-1.143,7
Jahresergebnis nach Steuern vor Rücklagenbewegung	-70,7	-534,4
Bilanzverlust inkl. Verlustvortrag	-156,5	-85,8

Unternehmenskennzahlen in EUR Mio. bzw. %	2012	2011
Risikogewichtete Aktiva	4.872,7	6.423,2
Eigenmittelerfordernis	391,3	519,7
Eigenmittel	639,6	836,5
Eigenmittelquote	13,1 %	12,9 %
Kernkapital-Tier 1	403,6	474,3
Kernkapitalquote	8,3 %	7,3 %

Rating (alle Ratings mit stabilem Ausblick)	2012	2011
Langfristig Fitch / S&P / Moody's	A+ / A / n. a.	A+ / A / n. a.
Kurzfristig Fitch / S&P / Moody's	F1+ / A-1 / n. a.	F1+ / A-1 / n. a.

Bilanzstruktur

Die Bilanzsumme der KA Finanz AG (KF) betrug zum 31. Dezember 2012 EUR 11,0 Mrd. (31.12.2011: EUR 14,9 Mrd.). Dies entspricht einer Reduktion im Vergleich zum Vorjahr um EUR 3,9 Mrd. oder 26,4 %. Die Reduktion der Bilanzsumme im Ausmaß von EUR 3,9 Mrd. war in erster Linie auf den bilanzwirksamen Portfolioabbau (EUR 1,0 Mrd.), laufende Tilgungen (EUR 1,2 Mrd.) sowie den Rückgang der Collateral-erfordernisse (EUR 1,3 Mrd.) zurückzuführen.

Die Forderungen an Kreditinstitute betragen zum 31. Dezember 2012 EUR 2,9 Mrd. (31.12.2011: EUR 4,5 Mrd.); die Forderungen an Kunden beliefen sich auf EUR 2,8 Mrd. (31.12.2011: EUR 3,4 Mrd.). Auf Schuldtitel öffentlicher Stellen und Schuldverschreibungen entfielen EUR 4,5 Mrd. (31.12.2011: EUR 5,8 Mrd.).

Risikogewichtete Aktiva und Eigenmittel nach Kapitalmaßnahmen

Die KF hielt zum 31. Dezember 2012 Kernkapital in Höhe von EUR 403,6 Mio. (31.12.2011: EUR 474,3 Mio.), der Eigenmittelbestand belief sich auf EUR 639,6 Mio. (31.12.2011: EUR 836,5 Mio.). Auf Basis der risikogewichteten Aktiva von EUR 4,9 Mrd. (31.12.2011: EUR 6,4 Mrd.) ergab sich somit, nach Auflösung von EUR 116 Mio. § 57 Abs. 1 Vorsorge im Jahr 2012 und bereits in Erwartung höherer Kapitalerfordernisse unter Basel III, eine Tier 1-Ratio von 8,3 % (31.12.2011: 7,3 %) und eine Eigenmittelquote von 13,1 % (31.12.2011: 12,9 %).

Die obigen Kapitalkennzahlen resultieren aus den gesetzlichen Berechnungskriterien nach BWG, wobei zur Ermittlung der risikogewichteten Aktiva der Standardansatz zur Anwendung kommt. Für operationales Risiko kommt ebenfalls der Standardansatz zur Anwendung.

Refinanzierungsstruktur / Liquidität

Zum 31. Dezember 2012 verfügte die KF über ein Refinanzierungsvolumen (ohne Eigenmittel) von insgesamt EUR 9,5 Mrd. (31.12.2011: EUR 12,7 Mrd.). Dabei wurden EUR 4,6 Mrd. (31.12.2011: EUR 6,5 Mrd.) bzw. 49 % unabhängig von direkten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen aufgebracht. Der Schwerpunkt der Refinanzierungstätigkeiten der KF lag auf kurzfristigen Refinanzierungen, womit die KF den Parametern des Restrukturierungsplans entsprach. Insgesamt waren zum Stichtag EUR 6,4 Mrd. (31.12.2011: EUR 7,9 Mrd.) kurzfristigen Refinanzierungen zuzuordnen, bestehend aus Commercial Papers, EZB-Tender, Repo-Refinanzierungen sowie Geldmarkteinlagen. An langfristigen Refinanzierungsmitteln (staatsgarantierte Anleihen, Privatplatzierungen, Darlehen) waren per 31. Dezember 2012 EUR 3,1 Mrd. (31.12.2011: EUR 4,8 Mrd.) aushaftend.

Die Refinanzierungsstruktur zum 31. Dezember 2012 entwickelte sich nach Buchwerten wie folgt:

Werte in EUR Mrd.	31.12.2012	31.12.2011
Verbriefte Verbindlichkeiten	6,5	7,3
<i>davon staatsgarantiert</i>	4,9	6,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3,0	5,3
<i>davon Geldmarktrefinanzierung*</i>	2,0	3,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,4	0,5

*) inkl. EZB-Tender und Repo

Ertragslage

Das UGB/BWG-Jahresergebnis nach Steuern war für das Geschäftsjahr 2012 mit EUR -70,7 Mio. negativ (2011: EUR -534,4 Mio.); dies nach EUR 83,3 Mio. geleisteten Haftungsentgelten sowie EUR -12,9 Mio. GuV-Aufwand aus aktiven Risikoabbaumaßnahmen im Ausmaß von EUR 3,9 Mrd. Die wesentlichen Faktoren waren wie folgt:

- **Zinsergebnis**

Das Zinsergebnis betrug 2012 EUR -43,5 Mio. und reflektiert Refinanzierungskosten, welche über den aktivseitigen Durchschnittsmargen der Bestände lagen.

- **Provisionsergebnis**

Das Provisionsergebnis (vor Haftungsentgelten) betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr EUR -18,0 Mio. und beinhaltete im Wesentlichen Gebühren aus CDS-Verträgen (Sell und Buy).

- **Haftungsentgelte an die Republik Österreich**

Im Jahr 2012 wurden Haftungsentgelte für Bürgschaften und Emissionsgarantien an die Republik Österreich

von gesamt EUR 83,3 Mio. geleistet. Die wesentlichen Positionen sind EUR 25,5 Mio. Haftungsentgelte für die Bürgschaftsvereinbarung vom 23. Dezember 2011 bzw. deren Ergänzung vom 3. August 2012 mit der Republik Österreich, weiters EUR 40,2 Mio. Kosten für Emissionsgarantien sowie EUR 17,6 Mio. für staatsgarantierte Commercial Papers.

- *Verwaltungsaufwand*

Der Verwaltungsaufwand der KF betrug EUR 15,6 Mio. (2011: EUR 17,4 Mio.) und ergab sich im Wesentlichen aus Dienstleistungen der KA aus dem Service Level Agreement in Höhe von EUR 9,9 Mio.; dies reflektiert eine Reduktion um EUR 1,8 Mio. oder 10 %.

- *Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen*

Das Ergebnis aus Bewertungen und Realisierungen betrug 2012 EUR 103,2 Mio. (2011: EUR -926,2 Mio.) und ergibt sich im Wesentlichen aus Abbau-Effekten sowie der plangemäßen Auflösung der Vorsorge gem. § 57 Abs. 1 BWG im Ausmaß von EUR 116,0 Mio.

Das Jahresergebnis nach Steuern für das abgelaufene Geschäftsjahr war damit mit EUR -70,7 Mio. (2011: EUR -534,4 Mio.) negativ; der Bilanzverlust nach Berücksichtigung eines Verlustvortrages aus Vorjahren von EUR 85,8 Mio. beträgt EUR -156,6 Mio. (2011: EUR -85,8 Mio.).

Das Jahresergebnis nach Steuern (Jahresüberschuss) ist die Ausschüttungsgrundlage für Ergänzungskapitalinhaber; in Folge des negativen Jahresergebnisses wird für das abgelaufene Geschäftsjahr im Jahr 2013 keine Zinszahlung auf das Ergänzungskapital erfolgen. In Folge der Herabsetzung des Partizipationskapitals per 31. Dezember 2011 besteht in der KF kein Partizipationskapital mehr. Entsprechende Mitteilungen gemäß § 48d Börsegesetz wurden bereits in den Vorjahren publiziert und bleiben weiterhin gültig.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

MitarbeiterInnen

Per 31. Dezember 2012 waren im Rahmen einer mit der Kommunalkredit Austria (KA) geschlossenen Arbeitskräfteüberlassung 15 MitarbeiterInnen (exkl. Vorstand) ausschließlich in der KA Finanz AG (KF) tätig; davon vier Frauen und elf Männer. Darüber hinaus besteht ein Service Level Agreement zwischen der KF und der KA, im Rahmen dessen die KF operative Leistungen aus der KA bezieht. Diese werden auf Basis detaillierter Aufzeichnungen drittparteifähig als Sachkosten verrechnet. Entsprechende, von den Organen und der Aufsicht genehmigte Regelungen zur Vermeidung von Interessenkonflikten bestehen.

Kommunikation

2012 stand die intensive und umfassende Information der Kunden, Marktpartner und MitarbeiterInnen der KF im Fokus der Kommunikationsmaßnahmen. Umfangreiche Informationsgespräche zum Status und zur Entwicklung der Bank mit Marktpartnern, Ratingagenturen und weiteren Stakeholdern wurden geführt.

Zweigniederlassungen

Die KF verfügt über keine Zweigniederlassungen.

Forschung und Entwicklung

Bezüglich Forschung und Entwicklung ergeben sich branchenbedingt keine Anmerkungen.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Hilfspaket Zypern

Die am 25. März 2013 beschlossenen Hilfsmaßnahmen für Zypern hatten keine direkten Auswirkungen auf das Portfolio der KA Finanz AG (KF), da die KF kein Exposure gegenüber zypriotischen Banken hat und damit nicht von den „Bailing-in“-Maßnahmen betroffen war.

Das Gesamtexposure der KF in Zypern zum 31. Dezember 2012 betrug EUR 366,1 Mio.; davon waren EUR 32,6 Mio. Staatsanleihen sowie EUR 152,3 Mio. Credit-Default-Swaps; des Weiteren bestanden EUR 181,2 Mio. staatsgarantierte Darlehen an Gemeinden und Versorgungsunternehmen. Die EUR 32,6 Mio. Staatsanleihen werden bis Ende 2014 fällig, ebenso wie EUR 8,0 Mio. staatsgarantierte Darlehen gegenüber Versorgungsunternehmen.

Beteiligungen

Die KA Finanz AG (KF) verfügt über keine Beteiligungen. Die vormalige Kommunalkredit International Bank Ltd, Zypern (KIB) wurde plangemäß am 18. September 2010 mit der KF verschmolzen und der Bankbetrieb geschlossen. Die KIB Properties Ltd, welche Stockwerkeigentum an vormaligen Büroräumen der KIB hielt, wurde am 12. August 2011 verkauft, wobei ein geringer Buchgewinn realisiert werden konnte.

Risikoberichterstattung

Überblick

Das primäre Geschäftsziel der KA Finanz AG (KF) ist das Management und der Abbau des nicht strategischen Geschäfts der ehemaligen Kommunalkredit Austria (KA) vor der Spaltung, unter Minimierung des Mitteleinsatzes der Republik Österreich sowie möglichst umfangreicher Realisierung von Wertaufholungspotenzialen und Sicherung der Liquidität. Aktives Portfoliomonitoring zur frühzeitigen Erkennung von Risiken, aktives Portfoliomanagement sowie aktives Liquiditätsmanagement gehören daher zu den Kernaufgaben der KF.

Organisation

Die Verantwortung für das Risikomanagement, insbesondere die Festlegung der Risikostrategie sowie die adäquate Messung, Steuerung und Begrenzung der Risiken liegt beim Vorstand der KF sowie dem Risk Officer der KF.

Die gesamtheitliche Steuerung und Begrenzung der Risiken erfolgt im Rahmen der monatlichen Sitzungen des Risk Management Committees (RMC). Zusätzlich zum RMC wurden wöchentlich und im Bedarfsfall öfter tagende Ausschüsse etabliert, insbesondere das Kreditkomitee, in welchem die Portfolioüberwachung und risikorelevante Portfoliomaßnahmenplanung konzentriert sind, sowie das Asset Liability Committee (ALCO) für das operative Liquiditäts-, Zins- und Kapitalmanagement.

Operativ und administrativ wird das Risikomanagement der KF durch Dienstleistungen, insbesondere die Erstellung von Limit- und Risikoreports und Portfolioanalysen, unterstützt, die über das SLA von der KA bezogen werden.

Spezifische Risiken der KF

Folgende Risiken werden in der KF im Einzelnen überwacht:

- Kreditrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Marktrisiko
- Operationelles Risiko

Die Position der KF gegenüber diesen Risikoarten sowie ihre jeweilige Strategie zur Messung, Überwachung und Steuerung werden im Folgenden beschrieben.

Kreditrisiko

Kreditrisiko ist die Gefahr von finanziellen Verlusten, die entstehen, wenn ein Vertragspartner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt. Die KF unterscheidet folgende Arten des Kreditrisikos: Kontrahenten- bzw. Ausfallsrisiko, Konzentrationsrisiko und Länderrisiko.

Das Kreditrisikomanagement der KF baut auf folgenden Grundsätzen auf:

- Die aktive Überwachung des Kreditrisikos zählt zu den Kernaufgaben der KF als Abbaubank.
- Die Entwicklung der bestehenden Kreditrisiken wird laufend überwacht.
- Die Rückführung des Portfolios erfolgt entweder durch Tilgungen zum Laufzeitende, durch Verkäufe bei Erreichen des bzw. Annäherung an den ermittelten wahren wirtschaftlichen Wert oder durch frühzeitigen Abbau zur Vermeidung erwarteter Kreditrisiken. Auf die gegebene Kapitalausstattung ist dabei zu achten; entsprechende Entscheidungsschritte werden dokumentiert.

Ratingverfahren

Die überwiegende Mehrzahl an Kreditnehmern verfügt über Ratings durch externe Ratingagenturen (Moody's, Standard & Poor's, Fitch), die laufend überwacht und aktualisiert werden. Für alle anderen Kunden wird mindestens einmal jährlich auf Basis der letzten Bilanzzahlen ein internes Rating erstellt. Über eine interne Ratingskala (Masterskala) sind sowohl externen als auch internen Ratings Ausfallswahrscheinlichkeiten zugeordnet. Die Masterskala wird regelmäßig hinsichtlich ihrer Prognosegüte von Zahlungsausfällen überprüft und gegebenenfalls auf Basis eingetretener unerwarteter Verluste angepasst.

Damit können alle Kreditexposures vollständig nach Ausfallswahrscheinlichkeit und Besicherung gegliedert werden.

Kreditexposure

Das risikorelevante Kreditexposure entspricht für den On-Balance-Bestand, insbesondere für Wertpapiere und Darlehen, dem Buchwert (inklusive Zinsabgrenzungen). Für Credit Default Swaps (CDS) entspricht das Kreditexposure dem Nennwert abzüglich Kreditrisikovorsorgen, für Derivate dem positiven Marktwert zuzüglich laufzeit- und produktspezifischer Add-On-Faktoren; CDS und Derivate gehören zum Off-Balance-Bestand.

Bei der Besicherung der Kreditengagements werden finanzielle und persönliche Sicherheiten (Garantien und Haftungen) berücksichtigt. Als finanzielle Sicherheiten werden vor allem Nettingvereinbarungen und Barbesicherungen zur Reduktion des Kontrahentenrisikos berücksichtigt. Erhaltene finanzielle Sicherheiten reduzieren das bestehende Exposure. CDS-Hedges, die laufzeitkonform sind und für die es eine Nettingvereinbarung gibt, reduzieren das bestehende CDS-Exposure ebenfalls. Beim Vorliegen von sonstigen persönlichen Sicherheiten kann das Exposure dem Sicherheitengeber zugerechnet werden. Das Exposure wird dabei je nach Risikoeinschätzung auf den Garantiegeber transferiert und dort im Portfoliomodell und Limitwesen berücksichtigt.

Per 31. Dezember 2012 beträgt das Kreditexposure der KF EUR 14,5 Mrd. verteilt auf 430 Partner. Davon entfallen EUR 6,6 Mrd. auf Wertpapiere (Anleihen), EUR 6,2 Mrd. auf CDS und Haftungen und EUR 0,9 Mrd. auf Darlehen. Seit Ende 2008 wurde die Risikoposition der KF durch Tilgungen und Verkäufe um EUR 15,1 Mrd. oder 52 % reduziert

Ratingverteilung

Die Aufstellung der Kreditexposures nach Rating zeigt, dass das Portfolio trotz fortgesetzter Ratingmigrationen in Folge von Downgrades im Jahr 2012 in den oberen Ratingklassen konzentriert ist. 85,4 % des Exposures sind Investment-Grade (BBB oder besser), 30,0 % AAA/AA-geratet. Das gewichtete Durchschnittsrating für das Gesamtexposure ist A- (Skalierung nach Standard & Poor's/Fitch).

Exposureverteilung nach Rating

31.12.2012 in EUR 1.000	Gesamt- exposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/ Haftungen	davon Darlehen	Anzahl Partner
AAA	2.546.109	17,6 %	754.659	1.726.483	57.288	62
AA	1.797.568	12,4 %	798.111	690.202	277.981	77
A	3.745.645	25,9 %	2.034.713	988.336	160.851	125
BBB	4.258.672	29,4 %	2.156.146	1.869.358	76.216	117
BB	1.430.228	9,9 %	551.909	751.257	127.061	27
B	612.610	4,2 %	268.268	159.076	185.266	10
CCC	50.315	0,3 %	50.315	0	0	5
D	21.357	0,1 %	21.357	0	0	7
nicht geratet	0	0,0 %	0	0	0	0
Summe	14.462.505	100,0 %	6.635.478	6.184.712	884.664	430

Sektorverteilung

Nach Sektoren gegliedert entfällt der überwiegende Teil des Exposures auf die öffentliche Hand (69,8 %). Das restliche Exposure verteilt sich auf Finanzinstitute (11,2 %) sowie Public Sector Entities (PSE), öffentlichkeitsnahe Unternehmen und Verbriefungen (19 %). Im CDS- und Haftungsportfolio bestehen Exposures hauptsächlich gegenüber der öffentlichen Hand (97,0 %).

Exposureverteilung nach Sektor

31.12.2012 in EUR 1.000	Gesamt- exposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/ Haftungen	davon Darlehen	Anzahl Partner
Öffentliche Hand	10.099.404	69,8 %	3.494.909	5.998.874	605.622	134
Finanzinstitute	1.619.159	11,2 %	602.917	287.016	40.960	95
Sonstige	2.743.941	19,0 %	2.537.652	-101.179*	238.082	201
Summe	14.462.505	100,0 %	6.635.478	6.184.712	884.664	430

*) Negativer Wert infolge eines Überhanges von CDS-Buys zu Wertpapieren

Konzentrationsrisiko

Risikokonzentrationen werden vor Abschluss von Geschäften (ausschließlich Absicherungs- und Refinanzierungsgeschäfte) sowie im Zuge der monatlichen Kreditrisikoreports, welche dem RMC berichtet werden, festgestellt. Das Gesamtportfolio wird dabei nach unterschiedlichen Gesichtspunkten gegliedert (Gliederung nach Ländern, Regionen, Top-100-Kreditnehmern, Rating, Sektoren). Zusätzlich werden Risikokonzentrationen in einzelnen Teilportfolien durch Portfolioanalysen festgestellt und überwacht. Portfolioanalysen umfassen korrelierende regionale und/oder sektorale Risiken oder Risikokonzentrationen und dienen vor allem der Früherkennung, Begrenzung und Aussteuerung von Risikoportfolien unter aktuellen und künftigen Umfeldbedingungen. Je nach Risikoeinschätzung werden regelmäßig Reviews durchgeführt. Anlassbezogen wird ein Portfolioreview auch ad hoc zwischen den tourlichen Intervallen durchgeführt.

Das Exposure der größten 20 Kunden bzw. Kundengruppen beträgt per 31. Dezember 2012 50,9 % des Gesamtexposures. Da in der KF kein neues Kreditgeschäft eingegangen wird, werden Limitierungen von Konzentrationsrisiken lediglich in Form von Länderlimiten vorgenommen. Alle Portfolien befinden sich grundsätzlich auf Abbau.

Hinzuweisen ist auf den hohen Anteil europäischer Risiken im Gesamtportfolio von 78,2 % per 31. Dezember 2012. Das hohe Durchschnittsrating des Portfolios (85,4 % Investment-Grade) sowie die niedrige Non-Performing-Loan-Ratio (0,2 %) sind im gegenwärtigen Marktumfeld kein Garant gegen Event-Risiken, etwa aus souveränen Obligi.

Länderrisiko

Kreditexposures von Töchtern und Zweigstellen werden im jeweiligen Sitzland ausgewiesen, nicht im Land der Muttergesellschaft. Das Länderrisiko der KF wird mindestens monatlich im RMC überwacht und quartalsmäßig dem Genehmigungsausschuss des Aufsichtsrats berichtet. Je Land werden Angaben über Länderrating, Exposure je Produktart, erwarteter und unerwarteter Verlust und Limitausnutzung überwacht.

Geografisch verteilte sich der Großteil des Exposures zum 31. Dezember 2012 auf den Euro-Raum (EU-17 inkl. Österreich: 50,8 %) sowie die restlichen EU-Staaten (24,3 %). Das Exposure in sonstigen Staaten von 21,8 % entfiel zu 15,8 % auf die USA und Kanada.

Exposureverteilung nach Region per 31.12.2012

31.12.2012 in EUR 1.000	Gesamtexposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/Haftungen	davon Darlehen
Österreich	969.196	6,7 %	197.094	495.643	184.308
EU-17 (Euro-Raum ohne Österreich)	6.378.890	44,1 %	1.879.965	3.990.387	312.648
EU-Nicht-Euro-Raum	3.511.740	24,3 %	1.519.510	1.324.025	321.537
Nicht-EU-Europa	445.965	3,1 %	179.482	187.489	64.714
Sonstige (v. a. USA)	3.156.714	21,8 %	2.859.428	187.168	1.456
Summe	14.462.505	100,0 %	6.635.478	6.184.712	884.664

Die zehn größten Risiken aus souveränem Obligo, Gebietskörperschaften und staatsgarantierten Positionen betragen zum 31. Dezember 2012 EUR 5,5 Mrd. oder 38,3 % des Gesamtportfolios und gliedern sich wie folgt:

Partner in EUR 1.000	Exposure per 31.12.2012	Anteil	davon Zentralstaat	davon Gebietskörper- schaften	davon staats- garantiert	davon Wertpapiere	davon CDS / Haftungen	davon Darlehen
1 Italien	856.893	5,9 %	633.487	223.406	0	555.078	301.815	0
2 Portugal*	745.934	5,2 %	739.178	6.757	0	153.639	592.295	0
3 Spanien*	729.405	5,0 %	702.847	26.558	0	142.569	560.277	26.558
4 Österreich	680.330	4,7 %	495.643	0	184.686	122.958	495.643	61.728
5 Irland*	655.461	4,5 %	655.461	0	0	100.912	554.548	0
6 Polen	515.721	3,6 %	514.418	1.303	0	504.131	11.590	0
7 Zypern*	366.122	2,5 %	184.967	0	181.155	32.648	152.319	181.155
8 Ungarn	356.745	2,5 %	356.745	0	0	196.026	160.719	0
9 Finnland	321.281	2,2 %	321.281	0	0	0	321.281	0
10 Belgien	306.482	2,1 %	306.482	0	0	0	306.482	0
Summe Top 10	5.534.374	38,3 %	4.910.509	258.024	365.841	1.807.963	3.456.970	269.441
Gesamt-Portfolio	14.462.505	100,0 %				6.635.478	6.184.712	884.664

*) unter EU-Stützungsmaßnahmen

Von den zehn größten Risikogruppen aus souveränem Obligo, Gebietskörperschaften und staatsgarantierten Positionen von EUR 5,5 Mrd. entfallen EUR 4,7 Mrd. oder 84,2 % auf die Eurozone. Darin enthalten ist ein Obligoanteil von EUR 2,5 Mrd. oder 17,3 % des Gesamtportfolios an Staaten unter europäischen Stützungsmaßnahmen.

Die KF hat in Ländern unter EU-Stützungsmaßnahmen kein signifikantes Bankenobligo. Dieses beträgt in diesem Raum EUR 42,8 Mio.

CDS- und Haftungs-Exposure

Das im Gesamtexposure enthaltene CDS- und Haftungsexposure von EUR 6,2 Mrd. per Ende 2012 beinhaltete hauptsächlich Single-Name-CDS. Das CDS- und Haftungsexposure war zu 39,1 % im AAA/AA-Bereich und zu 85,3 % im Investment-Grade-Bereich eingestuft. Das gewichtete Durchschnittsrating für das CDS- und Haftungsportfolio war A (Skalierung nach Standard & Poor's/Fitch). CDS und Haftungen bestanden vor allem gegenüber der öffentlichen Hand (97 %). Geografisch war das Portfolio zu 93,9 % dem EU-Raum zuzuordnen. Das CDS-Portfolio wies zum 31. Dezember 2012 einen negativen Marktwert von EUR 393,7 Mio. auf (2011: EUR 1,37 Mrd.). Im Rahmen des Collateral Managements wird das CDS-Portfolio täglich bewertet, Marktwertschwankungen werden ausgeglichen. Auf Basis aktueller Kreditrisiko-Analysen waren über die gebildeten Wertberichtigungen bzw. Rückstellungen hinaus keine weiteren Drohverlustrückstellungen vorzunehmen.

Kreditrisikovorsorge

Die Vorsorgen für Risiken im Kreditgeschäft umfassen Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken.

Es findet regelmäßig eine Beurteilung statt, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kundenengagements oder Engagements einer Gruppe verbundener Kunden vorliegen. Die Beurteilung der Wertminderung findet entweder im Zuge der jährlichen Bonitätsüberprüfung oder anlassbezogen statt. Die Ermittlung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle liegt beim Risikomanagement (Marktfolge), bedarf der Genehmigung des Vorstands und wird dem Aufsichtsrat berichtet.

Die Bestandteile der gebildeten Kreditrisikovorsorgen sind Einzelwertberichtigungen, Vorsorgen nach § 57 Abs. 1 und Abs. 3 BWG und pauschalierte Einzelwertberichtigungen sowie die Bundesbürgschaft. Per 31. Dezember 2012 beträgt der Stand an Einzelwertberichtigungen EUR 21,4 Mio. (vor Bundesbürgschaft EUR 54,7 Mio.). Dies entspricht einer Bevorsorgungsquote von 40 %. Darüber hinaus bestehen pauschalierte Einzelwertberichtigungen in Höhe von EUR 0,97 Mio. sowie Vorsorgen gemäß § 57 Abs. 1 BWG in Höhe von EUR 64,0 Mio. und § 57 Abs. 3 in Höhe von EUR 95,0 Mio.

Im Gesamtjahr 2012 haben sich die Einzelwertberichtigungen um netto EUR 473,8 Mio. reduziert (vor Bundesbürgschaft EUR 674,5 Mio.); davon EUR 457,8 Mio. (vor Bundesbürgschaft EUR 669,6 Mio.) durch Portfolioabbau. Die Reduktion der Vorsorgen ist im Wesentlichen auf den Tausch von griechischen Staatsanleihen unter PSI II sowie den Verkauf von griechischen Staatsanleihen und staatsgarantierten Anleihen am Sekundärmarkt zurückzuführen. Pauschalvorsorgen im Ausmaß von EUR 116,9 Mio. wurden zur Abdeckung von laufenden Verlusten aufgelöst.

In der Bilanz sind Forderungen in Höhe von EUR 82,3 Mio. enthalten, für welche die Republik Österreich eine Bürgschaft übernommen hat.

Die KF hat keine finanziellen Vermögenswerte, die zum Ende der Berichtsperiode länger als 90 Tage überfällig, aber nicht im Wert gemindert sind.

Partner mit erhöhtem Kreditrisiko (Watchlist)

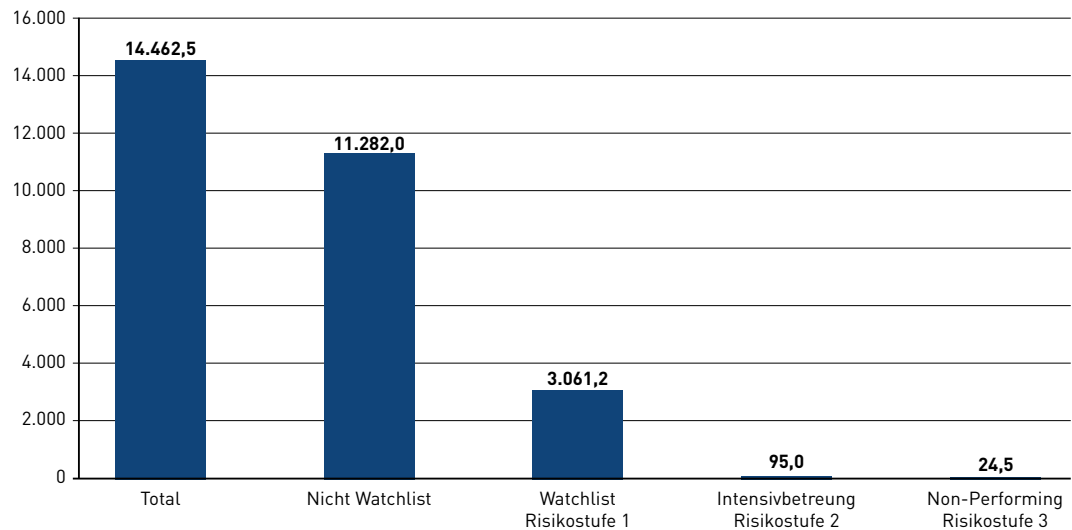
Zur Feststellung und Behandlung erhöhter Kreditrisiken gibt es einen mehrstufigen Risikokontrollprozess, wonach sämtliche Partner in vier Risikostufen eingeteilt werden:

- Stufe 0: Standard-Risikostufe für alle Partner, die nicht unter die nachfolgenden Risikostufen fallen
- Stufe 1: Partner, welche leicht erhöhtes Kreditrisiko bzw. negative Tendenz aufweisen und daher einem engen Monitoring unterliegen
- Stufe 2: Problematische Engagements (Zahlungsrückstände, Kreditminderung) mit Ausnahme von Problemkrediten, bei welchen ein Ausfall gemäß Basel II festgestellt wurde
- Stufe 3: Ausfall gemäß Basel II

Partner der Stufen 1 bis 3 werden in der PameK (Partner mit erhöhtem Kreditrisiko)-Liste geführt, welche laufend aktualisiert und quartalsweise im Kreditkomitee und dem Aufsichtsrat der KF berichtet wird. Die PameK-Liste dient dabei primär der qualitativen Informationsbereitstellung über das Exposure at Risk. Abzuleitende Maßnahmen werden in Abstimmung mit dem Vorstand im Rahmen des Kreditkomitees beschlossen.

Das gesamte Exposure der KF zum 31. Dezember 2012 beträgt EUR 14,5 Mrd. In Summe beträgt das risikorelevante Exposure gegenüber Partnern mit erhöhten Kreditrisiken EUR 3,2 Mrd. (22,1 %). Hiervon befinden sich EUR 3,1 Mrd. (21,2 %) auf der Watchlist Risikostufe 1, wobei es sich in erster Linie um Engagements in den europäischen Peripherie-Staaten handelt. EUR 95,0 Mio. (0,7 %) werden intensiv betreut (Risikostufe 2); EUR 24,5 Mio. (0,2 %) sind ausgefallen oder vom Ausfall unmittelbar bedroht (Risikostufe 3). Daraus resultiert eine Non-Performing-Loan Ratio von 0,2 %.

Exposureverteilung nach Watchlist per 31.12.2012 (in EUR Mio.)



Sondergestion und Workout

Das Risikomanagement der KF verantwortet die Gestion und den Workout von Kreditengagements in den Risikostufen 2 und 3. Primäres Ziel ist es, einen Kreditausfall durch intensive Betreuung zu vermeiden bzw. nach Ausfall des Partners die Verlustrate möglichst gering zu halten. Per 31. Dezember 2012 befanden sich insgesamt 25 Partner mit einem Kreditexposure von EUR 119,5 Mio. in den Risikostufen 2 (EUR 95,0 Mio.) und 3 (EUR 24,5 Mio.).

Unerwarteter Verlust – Portfolio-Kreditrisikomodel

Die Portfoliobetrachtung ist wesentlich für die Quantifizierung des Kreditrisikos. Die KF quantifiziert quartalsweise sowohl das ökonomische Kreditrisiko (Ausfallsrisiko) als auch das regulatorische Kreditrisiko (Bonitätsänderungs- und RWA-Risiko). Für die Berechnung werden rating- und laufzeitabhängige Ausfallswahrscheinlichkeiten (PD) und durchschnittliche historische Verlustquoten (LGD) verwendet.

Der unerwartete Verlust aus Kreditausfällen innerhalb eines Jahres beträgt per 31. Dezember 2012 EUR 40,4 Mio. (bei einem Konfidenzniveau von 90 %).

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisikomanagement ist eine wesentliche Managementaufgabe in der KF. Neben der Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit zu jedem Zeitpunkt steht dabei das vorausschauende Management des strukturellen Liquiditätsrisikos im Fokus.

Liquiditätsrisikomanagement

Die KF unterscheidet zwischen dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinn als jenem Risiko, dass die Bank ihren gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht fristgerecht nachkommen kann (Zahlungsunfähigkeitsrisiko) und dem Refinanzierungsrisiko als jenem Risiko, zusätzliche Refinanzierungsmittel nicht oder nur zu erhöhten Kosten beschaffen zu können. Hinsichtlich der zeitlichen Dimension unterscheidet die KF zwischen kurzfristigem (bis zu einem Jahr) und langfristigem (ab einem Jahr) Liquiditätsrisiko.

Das Liquiditätsrisikomanagement baut auf folgenden Grundsätzen auf:

- der zeitnahen Überwachung und Steuerung der Liquiditätsposition
- einer angemessenen Limitierung des Liquiditätsrisikos
- einem klaren Prozess zur Liquiditätssicherung im Falle von Liquiditätsengpässen

Dabei beinhaltet die Überwachung des Liquiditätsrisikos:

- das tägliche Monitoring und die operative Steuerung der Liquiditätsposition durch das Treasury
- die dynamische Liquiditätsvorschau (unterjährig) unter bestimmten Szenario-Annahmen inklusive kombinierter Stress-Szenarien
- die statistische Analyse von Liquiditätslücken (überjährig)
- die Planung der mittel- und langfristigen Refinanzierung
- die Pflege und Weiterentwicklung des Liquiditätsmodells

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko (< 1 Jahr)

Zur Steuerung der kurzfristigen Liquidität steht dem Management ein kurz- und mittelfristiges Liquiditätsszenario zur Verfügung. In diesen Szenarien werden neben den vertraglichen Zahlungsströmen auch erwartete Zahlungsströme aus neuen Emissionen, Geldmarkt- oder Repo-Prolongationen, Kündigungen bestehender Geschäfte sowie der erwartete Liquiditätsbedarf aus der Dotierung von Barsicherheiten (aus CSA-/ISDA-Verträgen)

berücksichtigt. Die resultierenden Liquiditäts-Gaps werden im kurzfristigen Liquiditätsszenario auf Tagesbasis bzw. danach auf Monatsbasis gesteuert.

Zur Quantifizierung und Limitierung des kurzfristigen Liquiditätsrisikos wird die Analyse zusätzlich auch für ein kombiniertes Stress-Szenario erstellt und der maximale liquide Zeithorizont („time-to-wall“) in diesem Szenario bestimmt.

In nachfolgender Tabelle sind die erwarteten Liquiditäts-Gaps, die aus geplanten Maßnahmen zusätzlich realisierbare Liquidität und die Liquiditätsposition nach diesen Maßnahmen periodisch dargestellt. Die Liquiditätsposition entspricht der im Restrukturierungsplan festgehaltenen Refinanzierungsstrategie als Abbaubank; i. e. einer Refinanzierung überwiegend über den Geldmarkt basierend auf der Eigentümerschaft der Republik Österreich (nunmehr treuhändig über die FIMBAG). Im Vergleich zum 31. Dezember 2011 ist die Liquiditätssituation der KF aufgrund aktiver Portfolioabbaumaßnahmen sowie der positiven Marktentwicklung und dadurch gesunkener Collateral-Erfordernisse verbessert. Dies ist insbesondere im Rückgang des kurzfristigen erwarteten Liquiditäts-Gaps und im Anstieg der kumulierten Liquiditätsposition nach Maßnahmen ersichtlich.

per 31.12.2012 in EUR Mio.	Erwarteter Liquiditäts-Gap	Zusätzlich verfügbare Liquidität	Liquiditäts- position nach Maßnahmen
Bis zu einem Monat	-839	2.157	1.318
Mehr als ein Monat bis zu drei Monaten	-2.450	2.366	-84
Mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	-3.047	3.067	21
Summe (bis zu einem Jahr kumuliert)	-6.336	7.591	1.255

per 31.12.2011 in EUR Mio.	Erwarteter Liquiditäts-Gap	Zusätzlich verfügbare Liquidität	Liquiditäts- position nach Maßnahmen
Bis zu einem Monat	-2.251	2.962	711
Mehr als ein Monat bis zu drei Monaten	-2.696	2.055	-641
Mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	-1.993	2.005	12
Summe (bis zu einem Jahr kumuliert)	-6.940	7.022	82

Langfristiges Liquiditätsrisiko (≥ 1 Jahr)

Zur Liquiditätssteuerung und zur strukturellen Analyse der Liquiditätsrisikoposition verwendet die KF eine detaillierte Analyse der erwarteten Kapitalströme für die Gesamtlaufzeit aller On- und Off-Balance-Geschäfte. Die Überhänge aus Kapitalein- und -auszahlungen werden auf periodischer und kumulierter Ebene überwacht und sind die Basis für die strategische Liquiditätsaussteuerung im Rahmen des RMC.

Organisation und Berichtswesen

Das strukturelle Liquiditätsrisiko wird auf Vorstandsebene im monatlichen RMC besprochen. Im wöchentlichen ALCO wird das operative Liquiditätsrisiko anhand der dynamischen Liquiditätsvorschau unter verschiedenen Szenario-Annahmen überwacht und entsprechend gesteuert. Auch die Einhaltung der Liquiditätsrisiko-Limite wird im Rahmen des ALCOs überwacht. Darüber hinaus wird täglich eine aktualisierte Liquiditätsvorschau einschließlich der Einschätzung zusätzlich erforderlicher sowie realisierbarer Liquidität erstellt und an den Treasury-Vorstand sowie das Risikomanagement der KF berichtet.

Marktrisiko

Marktrisiken entstehen aus potenziellen Veränderungen von Risikofaktoren, die zu einer Verringerung des Marktwertes der von diesen Risikofaktoren abhängigen Finanzpositionen führen können.

Im Einzelnen unterscheidet die KF:

- Zinsrisiko
- Wechselkursrisiko
- Spreadänderungsrisiko
- Optionsrisiko
- Basisrisiko

Zinsrisiko

Bei der Messung, Steuerung und Begrenzung von Zinsrisiken unterscheidet die KF zwischen dem periodenorientierten, kurzfristigen Repricing-Risiko und dem barwertorientierten, langfristigen Zinsänderungsrisiko. Ersteres ist das Risiko eines Rückgangs des Nettozinsertrags, zweiteres das Risiko von Barwertverlusten aufgrund von Zinsänderungen.

Zum Zweck der effizienten Überwachung und Begrenzung des Zinsrisikos verfügt die KF über Analyseinstrumente, welche die gezielte Steuerung des barwertigen Zinsänderungsrisikos und des periodischen Nettozinsertrags ermöglichen. Insbesondere werden Zins-Gap-Strukturen (Zinsbindungsablaufbilanz) und Barwertsensitivitäten je Währung und Laufzeitband analysiert, Value-at-Risk (VaR)-Modelle auf Basis von historischen Volatilitäten und Korrelationen berechnet und verschiedene Zinsszenarien simuliert.

Die folgende Tabelle stellt das barwertige Zinsänderungsrisiko der KF bei einem Parallel-Shift der Zinskurve um 1 Basispunkt (DV01) für die Hauptwährungen per 31. Dezember 2012 in TEUR dar. Dabei werden seit dem dritten Quartal 2012 bei der Ermittlung der Barwerte rating- und laufzeitabhängige, mittlere Ausfallraten unterstellt.

in EUR 1.000	DV01
EUR	+338
USD	+71
GBP	+352
CHF	-7
Sonstige	+16
Gesamt	+770

Für die Berechnung des Zins-VaR (Haltedauer 20 Handelstage, Konfidenzintervall 97,5 %) werden gleichgewichtete historische Volatilitäten und Korrelationen (Beobachtungszeitraum 150 Tage) verwendet. Der berechnete Zins-VaR berücksichtigt den gesamten Geschäftsbestand der KF, jedoch nicht das Eigenkapital (eingezahltes Kapital und Rücklagen). Per 31. Dezember 2012 betrug der Zins-VaR (Konfidenzniveau 97,5 %, Haltedauer 20 Handelstage) EUR 26,8 Mio.

Die Zinsrisikoposition wird im Rahmen des RMCs zumindest monatlich überwacht und ausgesteuert.

Zusätzlich zum monatlichen Reporting im RMC findet die zeitnahe, operative Steuerung des kurzfristigen Zins- und Repricingrisikos im wöchentlichen ALCO statt.

Wechselkursrisiko

Die grundsätzliche Risikostrategie der KF ist es, keine offenen Wechselkurspositionen einzugehen. Dazu werden alle Investitionen in Fremdwährung mittels Währungsswaps abgesichert oder wahrungskonform refinanziert.

Zur operativen Steuerung der offenen Devisenpositionen besteht ein System, das sowohl Auszahlungen und Tilgungszahlungen als auch Zins-, Provisions- und Agioabgrenzungen sowie Ausgleichsbeträge aus Derivatgeschäften berücksichtigt. Das Wechselkursrisiko wird täglich überwacht und ausgesteuert. Für die Berechnung des FX-VaR (Haltedauer 1 Handelstag, Konfidenzintervall 99 %) werden exponentiell gewichtete historische Volatilitäten und Korrelationen der Wechselkurse mit einem zurückliegenden Beobachtungszeitraum von 400 Tagen verwendet. Per 31. Dezember 2012 betrug die offene Devisenposition TEUR 955,9, der diversifizierte FX-VaR TEUR 13,7 (31.12.2011: TEUR 3,6).

Die folgende Tabelle zeigt die Netto-Wahrungsswapposition per 31. Dezember 2012.

in EUR Mio.	Netto-Position
USD	-686
CHF	155
JPY	16
GBP	-408
Sonstige	-228
Gesamt	-1.151

Spreadanderungsrisiko

Als Spreadanderungsrisiko betrachtet die KF das Risiko von Marktwertverlusten aufgrund von Creditspread-Änderungen. Steigende Creditspreads verursachen Marktwertverluste bei Wertpapieren, Darlehen und CDS. Die Creditspread-Sensitivität stellt den Marktwertverlust für das Szenario einer Ausweitung aller Creditspreads um +1bp dar.

Per 31. Dezember 2012 betrug die Creditspread-Sensitivität für das CDS-Portfolio EUR -2,3 Mio. (31.12.2011: EUR -3,3 Mio.), für das Wertpapierportfolio EUR -3,3 Mio. (31.12.2011: EUR -3,8 Mio.) und für das Darlehensportfolio EUR -0,5 Mio. (31.12.2011: EUR -0,5 Mio.). Der Rückgang der Spreadsensitivitat seit Ende 2011 ist auf den Portfolio-Abbau sowie auf die Abnahme der Restlaufzeit des verbliebenen Portfolios und das gestiegene Spreadniveau zurückzuführen. Da im Sinne des Restrukturierungsplans grundsätzlich ein Abbau des Portfolios über Tilgungen erfolgen soll und im Hinblick auf die zugrundeliegende Portfoliostruktur, ist ein Großteil des Portfolios dem Anlagevermögen gewidmet und die Creditspread-Sensitivität daher nicht GuV-relevant.

Optionsrisiko

Optionsrisiko besteht ausschließlich bei in einem Grundgeschäft (eigene Emission, Bond oder Swap) eingebetteten Optionen. Zur Messung und Begrenzung von nicht vollständig abgesicherten Optionsrisiken wird eine Szenario-Matrix aus Volatilitäts- und Zinsänderungen bewertet. Das jeweils schlechteste Ergebnis dieser Szenarien (Worst-Case-Szenario) wird überwacht und limitiert.

Per 31. Dezember 2012 betrug das Optionsrisiko, gemessen als Optionswertveranderung im Worst-Case-Szenario, EUR -0,4 Mio. (31.12.2011: EUR -0,1 Mio.).

Basisrisiko

Basisrisiko besteht in der KF als das Risiko von Barwertverlusten oder Nettozinsertragseinbußen aufgrund geänderter Basisswap-Spreads. Basisswap-Spreads sind der Ausgleich zwischen den zwei variablen Seiten eines kurzlaufenden Zinsswaps (Basisswap) mit unterschiedlichen Indikatoren, z. B. 3-Monats-Libor gegen 6-Monats-Libor. Basisswap-Spreads haben Auswirkung auf die Bewertung von allen Finanzinstrumenten, die an Zinsindikatoren gebunden sind (z. B. variabel verzinsten Wertpapiere, Zinsswaps). Zur Messung der Basisrisiken werden die Barwertsensitivitäten, d. h. die Auswirkung einer Ausweitung des entsprechenden Basiswap-Spreads um +1bp auf die Marktbewertung berechnet.

Per 31. Dezember 2012 betrug die gesamte Barwertsensitivität bezüglich Basisswap-Spreadänderungen EUR -2,8 Mio. nach EUR -3,1 Mio. per 31. Dezember 2011. Aufgrund des geringen Anteils an zu Marktpreisen bewerteten Aktiva ist der GuV-relevante Teil dieser Barwertsensitivität sehr gering.

Operationelles Risiko & Business Continuity Management

In der KF wird operationelles Risiko als die Möglichkeit von Verlusten aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Menschen, Systemen oder infolge externer Ereignisse definiert. Auch das Rechtsrisiko ist Teil des operationellen Risikos. Externe Ereignisse, die rein den Risikoarten Kreditrisiko, Marktrisiko, Liquiditätsrisiko oder sonstigem Risiko zuzuordnen sind und keinen operationellen Hintergrund haben, fallen nicht unter diese Definition. Ziel des Operationellen Risikomanagements (ORM) ist es, aus dem ORM-Prozess einen Mehrwert für die Bank zu generieren.

Die Verantwortlichkeiten im ORM-Prozess liegen beim Operational Risk Officer der KF. In Abstimmung mit dem Operational Risk Officer ernannt das Management Operational Risk Correspondents (ORC) in den Bereichen, die als Ansprechpartner das Bindeglied zum Operationellen Risikomanagement darstellen und den ORM-Prozess unterstützen. Zusätzlich erhält der Operational Risk Officer der KF entsprechend den Vereinbarungen aus dem SLA regelmäßig Berichte zu Ereignissen aus operationellem Risiko.

Für das Management operationeller Risiken stehen die Operationelle Ereignisdatenbank sowie Risk & Control Self Assessments zur Verfügung. Die Operationelle Ereignisdatenbank zeigt realisierte Gewinne/Verluste aufgrund operationeller Ereignisse. Diese werden in der Datenbank erfasst und nach Beurteilung durch die Linienverantwortlichen monatlich an den Vorstand berichtet. Operational Risk & Control Self Assessments stellen die zukunftsbezogene Sichtweise dar. Risiken werden identifiziert und einer subjektiven Bewertung auf ihren Risikogehalt hin unterzogen. Die Assessments werden in der KF als Coached Self Assessments durchgeführt, d. h., die Einschätzung und Beurteilung einzelner Risiken erfolgt durch die Bereiche. Die Ergebnisse aus der Ereignisdatenbank dienen dabei als Input und Feedbackschleife zur Neubewertung von Risiken. Das Management wird monatlich in den RMC-Meetings sowie quartalsweise in der Vorstandssitzung über operationelle Risiken informiert.

Das Business Continuity Management (BCM) sichert umfassendes, angemessenes und effizientes betriebliches Kontinuitätsmanagement. Das Kontinuitätsmanagement beinhaltet die Erstellung und das Management der Kontinuitäts- und Wiederanlaufpläne sowie die Umsetzung von abgeleiteten Maßnahmen zur Reduktion von Unterbrechungen kritischer Geschäftsprozesse.

Die KF hat wesentliche Teile der Organisation über das Service Level Agreement (SLA) an die KA ausgelagert. Etwaige daraus entstehende Risiken sind gemäß SLA durch Haftungsübernahme durch die KA weitgehend abgedeckt (Schadensfälle über EUR 10.000 bei grober Fahrlässigkeit).

Basel II

Seit dem 1. Dezember 2010 verwendet die KF nach Bewilligung des Ansatzwechsels durch die FMA (Finanzmarktaufsicht) für alle Forderungsklassen den Standardansatz.

Für das operationelle Risiko kommt ebenfalls der Standardansatz zur Anwendung.

ICAAP

Der ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) ist ein Kernelement der Säule 2 des Basler Akkords und umfasst alle Verfahren und Maßnahmen zur Identifizierung, Messung und Steuerung der eingegangenen Risiken sowie zur Sicherung einer angemessenen Kapitalausstattung.

Zur quantitativen Beurteilung einer angemessenen Kapitalausstattung bedient sich die KF methodisch der sogenannten Risikotragfähigkeitsanalyse. Es werden derzeit abhängig vom Absicherungsziel drei Steuerungskreise unterschieden:

- *Regulatorische Sicht (Regulatorischer Steuerungskreis)*
Absicherungsziel ist die Sicherstellung der Einhaltung des regulatorischen Mindesteigenmittelerfordernisses. Dazu wird der regulatorische Kapitalbedarf den regulatorischen Eigenmitteln gegenübergestellt.
- *Liquidationssicht (Ökonomischer Steuerungskreis)*
In der Liquidationssicht werden die ökonomischen Risiken der Bank gemessen. Im Unterschied zum regulatorischen Steuerungskreis werden hier auch Liquiditäts- und Marktrisiken berücksichtigt. Zur Quantifizierung des ökonomischen Risikos werden in der KF insbesondere Value-at-Risk-Ansätze angewendet. Das so ermittelte ökonomische Risikokapital wird der ökonomischen Risikodeckungsmasse gegenübergestellt, die im Fall der KF gleich den regulatorischen Eigenmitteln ist.
- *Operatives Kapitalmonitoring (Going-Concern-Steuerungskreis)*
Das operative Kapitalmonitoring als Going-Concern-Steuerungskreis der KF stellt auf die Einhaltung einer Kernkapitalquote von mindestens 7 % ab. Erwartbare laufende Verluste sollen abgedeckt werden, ohne dass die Mindestkernkapitalquote von 7 % unterschritten wird. Dafür wird eine GuV-orientierte Quantifizierung der Risiken (Kredit-, Markt-, Liquiditätsrisiken sowie operationelles Risiko) unter verschiedenen (Stress-) Szenarien verwendet.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem (IKS)

Einleitung

Ziel des IKS ist es, das Management in der Umsetzung effektiver und sich ständig verbessernder interner Kontrollen in Hinblick auf die Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften, der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung, der Zuverlässigkeit der betrieblichen Information sowie die Effektivität und Effizienz der betrieblichen Prozesse zu unterstützen. Das IKS ist einerseits auf die Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften und andererseits auf die Schaffung von erforderlichen Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen in den Schlüsselprozessen der Rechnungslegung und Finanzberichterstattung ausgerichtet. Zu den wesentlichen Zielsetzungen gehört die Sicherstellung einer korrekten und transparenten Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Das IKS der KA Finanz AG (KF) besteht aus den fünf zusammenhängenden Komponenten: Kontrollumfeld, Risikobeurteilung, Kontrollmaßnahmen, Information und Kommunikation sowie Überwachung.

Kontrollumfeld

Der grundlegende Aspekt des Kontrollumfelds ist die Unternehmenskultur, in deren Rahmen das Management und die MitarbeiterInnen operieren.

Zentrale organisatorische Grundprinzipien sind die Vermeidung von Interessenkonflikten durch strikte Trennung von Markt und Marktfolge, die transparente Dokumentation von Kernprozessen und Kontrollschritten sowie eine konsequente Anwendung des Vier-Augen-Prinzips.

Die KF hat wesentliche Teile der Organisation über ein Service Level Agreement (SLA) an die KA ausgelagert. Dies betrifft insbesondere auch das Rechnungswesen, Meldewesen und die damit verbundenen Rechnungslegungs- und Meldewesenprozesse inklusive der damit verbundenen Kontrollen im Sinne des IKS. Alle im Rahmen des SLA ausgelagerten Tätigkeiten und daraus resultierende Ergebnisse liegen jedoch in der Letztverantwortung der Organe der KF. Eine wesentliche Zusatz-Kontrollfunktion hinsichtlich der Abnahme der Leistungen aus dem SLA nimmt der dazu implementierte Operating Officer wahr, der für die Sicherstellung der Vollständigkeit und Adäquanz der erbrachten Leistungen der KA für die Erfordernisse der KF mit dem Vorstand verantwortlich ist.

Leistungen der Internen Revision werden via SLA von der KA bezogen. Sie überprüft unabhängig und regelmäßig die Einhaltung der internen Vorschriften in allen Bereichen. Die Leiterin der Internen Revision berichtet direkt an den Vorstand und den Aufsichtsrat.

Risikobeurteilung

Das Risikomanagement der KF hat das Ziel, alle identifizierbaren Risiken zu erfassen und gegebenenfalls Maßnahmen zu deren Abwehr und Verhinderung einzuleiten. Dies beinhaltet auch die Risiken einer wesentlichen Fehldarstellung bei der Abbildung von Transaktionen. Das Risikomanagementsystem umfasst alle Prozesse, die dazu dienen, Risiken zu identifizieren, zu analysieren und zu bewerten. Risiken werden durch das Management erhoben und überwacht. Der Fokus wird dabei auf jene Risiken gelegt, die als wesentlich beurteilt wurden. Die von den zuständigen Stellen durchgeführten internen Kontrollmaßnahmen werden regelmäßig evaluiert.

Kontrollmaßnahmen

In der KF besteht ein Regelungssystem, welches Strukturen, Prozesse, Funktionen und Zuständigkeiten sowie damit verbundene Kontrollaktivitäten innerhalb des Unternehmens festlegt. Dieses bestimmt explizit, wie mit Arbeitsanweisungen oder Arbeitsrichtlinien umzugehen ist bzw. wie diese zu befolgen sind. Dies betrifft auch die Informationsverarbeitung, die Dokumentation der gesendeten und empfangenen Informationen sowie die Vermeidung von Fehlern bei Transaktionen. Zusätzlich zum Vorstand und Aufsichtsrat umfasst das allgemeine Kontrollumfeld auch die Managementebene der KF (Risk Officer, Portfolio Officer und Operating Officer) und Leistungen, die via SLA von der Internen Revision der KA bezogen werden.

Es wird darauf geachtet, dass sämtliche Kontrollmaßnahmen so umgesetzt werden, dass sichergestellt ist, dass Fehlern oder Abweichungen in der Finanzberichterstattung vorgebeugt wird bzw. diese aufgezeigt und korrigiert werden.

Kontrollmaßnahmen in Bezug auf die IT-Sicherheit stellen einen wesentlichen Teil des IKS dar. Auf die Trennung von sensiblen Tätigkeiten durch eine restriktive Vergabe von IT-Berechtigungen und strikte Beachtung des Vier-Augen-Prinzips wird streng geachtet.

Information und Kommunikation

In der KF berichten der Risk Officer, der Portfolio Officer und der Operating Officer an den Vorstand, welcher seinerseits regelmäßig u. a. Monats- und Quartalsergebnisse an den Aufsichtsrat berichtet. Im Zusammenhang mit der Darstellung und Vermeidung von Interessenkonflikten wird auch regelmäßig an den Aufsichtsrat berichtet.

Dem Aufsichtsrat wird auch ansonsten regelmäßig umfassend berichtet. Hier beinhaltet der Informationsfluss die Rechenwerke (Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung inklusive Kommentierung der wesentlichen Entwicklungen, Kapitalplanungsrechnungen) des Unternehmens, wie auch Analysen zum Liquiditätsrisiko via SLA vom Bereich Treasury und Analysen zum Portfoliomanagement bzw. zu Portfolioabbaumaßnahmen des Portfolio Officers. Der Eigentümer, die Investoren und Marktpartner sowie die Öffentlichkeit werden durch den Halbjahresfinanzbericht und den Jahresfinanzbericht informiert. Darüber hinaus wird den Erfordernissen von Ad-hoc-Meldungen gemäß den gesetzlichen Bestimmungen entsprochen.

Überwachung

Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von leitenden MitarbeiterInnen des Rechnungswesens, dem Operating Officer und dem Vorstand vor Weiterleitung an den Bilanzausschuss des Aufsichtsrats einer abschließenden Prüfung in Abstimmung mit dem Wirtschaftsprüfer unterzogen.

Durch die Überwachung der Einhaltung sämtlicher Regeln sollen eine möglichst große Sicherheit aller betrieblichen Abläufe und Prozesse und ein Einklang mit den bankweiten Vorschriften erlangt werden. Wenn Risiken und Kontrollschwächen aufgedeckt werden, werden Abhilfe- und Abwehrmaßnahmen von den Verantwortlichen zeitnah erarbeitet und die Umsetzung durch Follow-Up-Maßnahmen überwacht.

Um die Einhaltung der Vorgaben auf Bankebene gewährleisten zu können, wird diese gemäß dem jährlich zu erstellenden Plan der Internen Revision zusätzlich überprüft.

Compliance und Geldwäsche

Der von der KA Finanz AG (KF) unterzeichnete Standard Compliance Code der österreichischen Kreditwirtschaft (SCC) enthält konkrete sowie über die gesetzlichen Rahmenbedingungen hinausgehende Anforderungen betreffend den fairen Umgang mit den Kunden und die Sicherung ihres Vertrauens.

Die KF verfügt über eine den gesetzlichen Bestimmungen und dem SCC entsprechende interne Compliance-Ordnung und eine Compliance-Organisation unter Leitung eines Compliance-Verantwortlichen. In Übereinstimmung mit dem SCC liegt der Schwerpunkt der Compliance-Ordnung der KF in der Verhinderung des Missbrauchs von Information, etwa durch Insiderinformationen oder Marktmanipulation. Darüber hinaus soll durch die Compliance-Organisation der KF die Verletzung jeglicher gesetzlicher oder interner Anforderungen schon im Vorfeld verhindert werden, um so möglichen Gefahren für die Reputation des Unternehmens zu begegnen. Seitens Compliance werden auch die Aktualität der Compliance-Ordnung und ihre Einhaltung unternehmensweit sichergestellt. Der Compliance-Verantwortliche der KF ist Ansprechstelle für alle MitarbeiterInnen und informiert diese regelmäßig über die geltenden Anforderungen.

Der Compliance-Verantwortliche ist als Geldwäschebeauftragter auch für die Einhaltung der in §§ 40 bis 41 Bankwesengesetz (BWG) normierten „Sorgfaltspflichten zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung“ verantwortlich.

Prognosebericht

Das Geschäftsjahr 2012 war insbesondere in der ersten Jahreshälfte von einer allgemeinen Marktanspannung in Zusammenhang mit der Schuldensituation im Euro-Raum bzw. den damit verbundenen Maßnahmen auf europäischer Ebene gekennzeichnet. Den Initiativen der Europäischen Zentralbank (EZB), über Refinanzierungs- und Marktstützungsmaßnahmen, ist insbesondere in der zweiten Jahreshälfte eine wichtige Funktion bei der Beruhigung der Situation zugekommen. Die Prognosen 2013 erwarten noch einen leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung im Euro-Raum, wobei sich die gesamtwirtschaftliche Situation vor allem in der zweiten Jahreshälfte 2013 leicht entspannen sollte; dies jedoch vorbehaltlich keiner neuerlichen Verschärfung der Staatsschuldensituation sowie abhängig von der Nachhaltigkeit der Konsolidierungsmaßnahmen der europäischen Länder. So wird für den Euro-Raum laut Institut für Höhere Studien (IHS), Wien, ein leichter BIP-Rückgang von -0,1 % prognostiziert; für 2014 wird ein Wachstum von 1,4 % erwartet. Im Gegensatz dazu sollte das Wachstum in den USA mit 2,0 % 2013 bzw. 2,5 % 2014 stärker ausfallen. Für Österreich wird gemäß IHS-Prognosen ein reales Wirtschaftswachstum von 0,8 % bzw. 1,8 % vorhergesagt, welches damit weiterhin über dem EU-Durchschnitt liegt.

Die Prognosen basieren auf wesentlich bereits getroffenen Maßnahmen der EU und der EZB wie folgt:

Europäische Union (EU)

- Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (SKS-Vertrag bzw. „Fiskalpakt“)
- Zentrale Bankenaufsicht
- European Stability Mechanism (ESM)

Europäische Zentralbank (EZB)

- Long-term Refinancing Operation (LTRO)
- Outright Monetary Transactions Programm (OMT)

Diese Maßnahmen sind die Basis für sichtbare Fortschritte in der Konsolidierung der europäischen Schuldensituation bzw. für eine insgesamt freundlichere Marktstimmung. Rückschläge sind dabei nicht auszuschließen, wie das Beispiel Zypern zeigt; jedoch haben die Märkte trotz immer wieder auftauchender Schwierigkeiten in der Entscheidungsfindung auf nationaler sowie europäischer Ebene bisher ihre freundlichere Grundstimmung beibehalten. Die konsequente Umsetzung erforderlicher Maßnahmen auf Basis europäischer Solidarität sind eine Voraussetzung für eine weitere Markterholung und die Umsetzung der Potenziale Europas.

Im Hinblick auf die weiterhin bestehenden Konzentrationsrisiken der KA Finanz AG (KF) im Euro-Raum ist die Entwicklung in dieser Zone von besonderer Bedeutung. Aus einem Gesamtportfolio von EUR 14,5 Mrd. sind EUR 10,9 Mrd. oder 75,1 % dem EU-Raum bzw. EUR 7,3 Mrd. oder 50,8 % dem Euro-Raum zuzurechnen; davon entfallen wiederum EUR 2,5 Mrd. oder 17,3 % auf Staatsobligi mit EU-Stützungsmaßnahmen. Die KF konnte im ersten Quartal 2013 bei günstigem Marktumfeld das souveräne CDS-Portfolio gegenüber Portugal, Spanien, Irland und Italien insgesamt um EUR 492,7 Mio. reduzieren, sodass das CDS-Portfolio nunmehr bei EUR 5,7 Mrd. liegt und das Gesamtportfolio der KF EUR 13,6 Mrd. beträgt.

Die Liquiditätshaftungen der Republik Österreich werden sich durch Fälligkeiten von EUR 1,0 Mrd. bis 31. Dezember 2013 plangemäß auf EUR 4,3 Mrd. reduzieren; im verbleibenden Betrag sind EUR 3,0 Mrd. Garantiefazilität für kostengünstige CP-Finanzierungen enthalten.

Trotz günstiger Refinanzierungen über CPs wird das Zinsergebnis weiterhin aufgrund der geringen Margen bei Eingehen der Transaktionen negativ bleiben. Insgesamt wird, unter Berücksichtigung der gut kontrollierten operativen Kosten und der Haftungsgebühren in Höhe von EUR 47 Mio. ein deutlich negatives Jahresergebnis für 2013 erwartet. Somit ergibt sich, dass auch in Zukunft keine Ausschüttungen an bestehende Genussrechte geleistet werden; dies wurde bereits gemäß § 48d Börsegesetz in einer Ad-hoc-Meldung vom 17. November 2009 bekanntgegeben und ist nach wie vor aufrecht.

Der Vorstand und die MitarbeiterInnen der KF werden sich den gestellten herausfordernden Aufgaben wie bisher mit großem Engagement und hohem Einsatz widmen.

Der Vorstand der KA Finanz AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstands



Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstands

Wien, 19. April 2013

Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung

Die KA Finanz AG (KF) hält das nicht strategische Wertpapier- und Credit Default Swap-Portfolio der vormaligen Kommunalkredit Austria AG sowie seit Fusion im September 2010 die Aktiva der früheren Tochtergesellschaft Kommunalkredit International Bank Ltd, Zypern (KIB). Die KF agiert unter einer Bankenkonzession und ist für den Abbau dieses Portfolios bei Minimierung des Einsatzes öffentlicher Ressourcen, der Wahrung von Werterholungspotenzialen und höchstmöglicher Eigenleistung unter Berücksichtigung der Erfordernisse des EU-Beihilfenrechts (Burdensharing) zuständig. Es wird kein aktivseitiges Neugeschäft getätigt. Dementsprechend konnte das Risikoportfolio im Jahr 2012 durch bewusst gesetzte Maßnahmen, unter Nutzung günstigerer Marktgegebenheiten, um insgesamt EUR 4,9 Mrd. wesentlich abgebaut werden. Somit hat sich seit Beginn der Restrukturierung im November 2008 das Risikoportfolio per 31. Dezember 2012 um EUR 15,1 Mrd. oder 52 % reduziert.

Der Aufsichtsrat hat sich intensiv mit dem Geschäftsverlauf der Gesellschaft während des Geschäftsjahres 2012 befasst. In den Sitzungen zu Beginn des Jahres standen, wie in der zweiten Hälfte 2011, die Umsetzung des Umschuldungsprogrammes für Griechenland (PSI II – Private Sector Involvement) im Fokus. Die daraus resultierenden massiven Auswirkungen auf die Bank führten zu wesentlichen Restrukturierungsmaßnahmen, insbesondere eine Kapitalherabsetzung mit gleichzeitiger Kapitalerhöhung sowie eines Gesellschafterzuschusses und wurden rückwirkend auf den 31. Dezember 2011 auf Vorschlag des Vorstands und des Aufsichtsrats in der ordentlichen Hauptversammlung vom 25. April 2012 beschlossen und durchgeführt. In Folge dieser Maßnahmen ist auch der Österreichische Gemeindebund, der mit 0,22 Prozent an der KA Finanz AG beteiligt war, mit Wirkung 28.4.2012 als Aktionär ausgeschieden; die Republik Österreich ist somit alleiniger Aktionär der KA Finanz AG. Als Folge dessen ist der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Prof. Helmut Mödlhammer aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

Mit Übertragungsvereinbarung vom 17. Februar 2012 wurden die von der Republik Österreich an der KA Finanz AG gehaltenen Aktien treuhändig an die FIMBAG Finanzmarkteteiligung Aktiengesellschaft des Bundes, Wien, übertragen.

Der Aufsichtsrat hat seine nach Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben in fünf ordentlichen Aufsichtsratssitzungen wahrgenommen. Ebenso wurden zwei Sitzungen des Prüfungsausschusses und eine Sitzung des Vergütungsausschusses abgehalten. In diesen Sitzungen, wie auch durch Einholung der erforderlichen Informationen über den Geschäftsverlauf, über die Lage und die Entwicklung des Unternehmens und die beabsichtigte Geschäftspolitik, wurde der Aufsichtsrat laufend unterrichtet. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat über alle wichtigen Vorgänge und Vorkommnisse berichtet und sich intensiv mit dem strukturierten Abbau des bestehenden Portfolios befasst.

Die Prüfung des vorliegenden Jahresabschlusses und des Lageberichtes wurde durch die PwC Wirtschaftsprüfung GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Wien vorgenommen. Die Prüfung hat zu keinen Beanstandungen Anlass gegeben, den gesetzlichen Vorschriften wurde entsprochen, weshalb der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde. Der Aufsichtsrat hat sich dem Ergebnis der Prüfung angeschlossen und in seiner Sitzung vom 26. April 2013 den Jahresabschluss 2012 gebilligt; dieser ist damit festgestellt.

Der Aufsichtsrat



Dr. Klaus Liebscher
Vorsitzender

Wien, 26. April 2013

Einzelabschluss

Bilanz der KA Finanz AG nach BWG

Aktiva in EUR	Anhang	31.12.2012	31.12.2011
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken		550.940.634,35	237.688.406,36
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind	6.1.	1.612.305.835,10	2.134.195.578,47
Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere		1.612.305.835,10	2.134.195.578,47
3. Forderungen an Kreditinstitute	6.2.	2.860.858.934,36	4.471.981.176,18
a) täglich fällig		2.331.651.412,87	4.063.134.628,40
b) sonstige Forderungen		529.207.521,49	408.846.547,78
4. Forderungen an Kunden	6.3.	2.764.181.126,84	3.401.771.872,33
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.4.	2.875.857.177,80	3.666.737.009,54
a) von öffentlichen Emittenten		1.235.288.041,88	1.297.662.878,71
b) von anderen Emittenten		1.640.569.135,92	2.369.074.130,83
darunter: eigene Schuldverschreibungen		11.605.519,46	11.598.468,17
6. Beteiligungen	6.5.	23.070,00	23.070,00
darunter: an Kreditinstituten		0,00	0,00
7. Sachanlagen	6.6.	71.140,46	75.982,55
8. Sonstige Vermögensgegenstände	6.7.	285.301.410,33	960.776.068,42
9. Rechnungsabgrenzungsposten	6.8.	19.932.554,96	28.006.005,07
Summe Aktiva		10.969.471.884,20	14.901.255.168,92
Posten unter der Bilanz			
1. Auslandsaktiva		10.018.395.835,90	12.960.407.956,90

Passiva in EUR	Anhang		31.12.2012	31.12.2011
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.9.		2.975.866.772,48	5.330.218.546,24
a) täglich fällig		212.969.868,69		79.393.644,97
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		2.762.896.903,79		5.250.824.901,27
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.10.		359.289.115,15	528.496.432,16
Sonstige Verbindlichkeiten				
darunter:				
aa) täglich fällig		5.695.337,06		0,00
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		353.593.778,09		528.496.432,16
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	6.11.		6.463.801.862,61	7.349.751.442,58
a) begebene Schuldverschreibungen		2.435.690.351,60		4.557.637.688,70
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		4.028.111.511,01		2.792.113.753,88
4. Sonstige Verbindlichkeiten	6.12.		251.364.969,97	406.549.337,68
5. Rechnungsabgrenzungsposten	6.13.		171.062.278,17	56.682.597,63
6. Rückstellungen	6.14.		150.618.885,54	555.669.721,33
a) sonstige		150.618.885,54		555.669.721,33
6A. Fonds für allgemeine Bankrisiken	6.15.		95.000.000,00	95.000.000,00
7. Nachrangige Verbindlichkeiten	6.16.		167.040.459,55	171.683.218,53
8. Ergänzungskapital	6.17.		26.829.113,94	27.905.440,01
9. Gezeichnetes Kapital	6.18.		389.000.000,00	389.000.000,00
10. Haftrücklage gem. § 23 Abs. 6 BWG	6.19.		76.091.088,46	76.091.088,46
11. Bilanzverlust			-156.492.661,67	-85.792.655,70
Summe Passiva			10.969.471.884,20	14.901.255.168,92
Posten unter der Bilanz				
1. Eventualverbindlichkeiten	7.1.		7.208.727.830,41	10.464.021.318,68
darunter:				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftungen aus der Bestellung von Sicherheiten		7.208.727.830,41		10.464.021.318,68
2. Kreditrisiken	7.2.		0,00	0,00
darunter:				
Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften		0,00		0,00
3. Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 23 Abs. 14 BWG			639.638.926,78	836.519.117,65
darunter:				
Eigenmittel gemäß § 23 Abs. 14 Z 7 BWG		0,00		0,00
4. Erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs. 1 BWG			391.294.732,13	519.727.362,71
darunter:				
erforderliche Eigenmittel gem. § 22 Abs. 1 Z 1 und 4 BWG		389.817.098,37		513.854.741,50
5. Auslandspassiva			9.474.449.219,70	10.451.881.586,44

Gewinn- und Verlustrechnung der KA Finanz AG nach BWG

in EUR	Anhang	2012	2011
1. Zinsen und ähnliche Erträge darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren		203.060.691,24	903.681.820,69
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			236.593.474,06
I. Zinsergebnis	9.1.1.	-43.492.120,89	-19.602.731,99
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen			928.722,64
a) Erträge aus anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		0,00	0,00
b) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00	928.722,64
4. Provisionserträge	9.1.2.		20.044.772,29
5. Provisionsaufwendungen	9.1.2.	17.335.402,93	204.822.106,23
6. Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften	9.1.3.	-9.854.346,95	15.866.609,30
7. Sonstige betriebliche Erträge		1.008.803,41	351.222,97
II. Betriebserträge		-153.641.216,22	-187.233.511,02
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	9.1.4.		17.411.795,92
a) Personalaufwand		0,00	4.970,10
darunter:			
aa) Gehälter	0,00		0,00
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	0,00		4.970,10
cc) Sonstiger Sozialaufwand	0,00		0,00
dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	0,00		0,00
ee) Dotierung der Pensionsrückstellung	0,00		0,00
ff) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	0,00		0,00
b) Sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)		15.619.138,78	17.406.825,82
9. Wertberichtigungen auf die im Aktivposten 8 enthaltenen Vermögensgegenstände			13.747,38
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.1.5.	4.300.000,00	12.842.418,55
III. Betriebsaufwendungen		19.925.330,89	30.267.961,85
IV. Betriebsergebnis		-173.566.547,11	-217.501.472,87
11. Erträge aus Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken	9.1.6.		-237.334.664,16
12. Erträge aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet werden sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	9.1.6.	38.220.668,17	-688.904.673,14
V. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-70.326.808,05	-1.143.740.810,17
13. Außerordentliche Erträge	9.1.7.		609.628.295,00
14. Außerordentliche Aufwendungen			0,00
darunter:			
Zuweisung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			0,00
15. Außerordentliches Ergebnis			609.628.295,00
16. Steuern vom Einkommen	9.1.8.		-5.452,00
17. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 16 auszuweisen		-393.274,33	-269.039,80
VI. Jahresfehlbetrag		-70.700.005,97	-534.387.006,97
18. Rücklagenbewegung			
darunter:			
Dotierung/Auflösung der Haftrücklage	Dotierung (-) Auflösung (+)	0,00 0,00	337.902.182,90
		0,00 0,00	0,00
19. Ausschüttung auf das Partizipationskapital			0,00
20. Verlustvortrag			-345.780.606,63
21. Kapitalherabsetzung gem. §§ 182 ff AktG	3.3.		456.472.775,00
aus gezeichnetem Kapital		0,00	22.346.025,00
aus Partizipationskapital		0,00	434.126.750,00
VII. Bilanzverlust		-156.492.661,67	-85.792.655,70

Anhang zum Jahresabschluss der KA Finanz AG

1. Allgemeine Informationen

Die KA Finanz AG (im Folgenden KF) mit Sitz in 1090 Wien, Türkenstraße 9, ist als Spezialbank mit der Aufgabe der Abwicklung des nicht strategischen Geschäfts der ehemaligen Kommunalkredit Austria AG (KA alt) betraut. Sie ist unter der Firmenbuchnummer 128283b beim Handelsgericht Wien eingetragen.

Die KF entstand im Zuge der Restrukturierung, die nach der Verstaatlichung der KA alt infolge der Finanzmarktkrise erforderlich war. Dabei wurde die KA alt in zwei Kreditinstitute aufgespalten: Die Kommunalkredit Austria AG (im Folgenden KA) übernahm das Kerngeschäft der KA alt, welches insbesondere das kommunale Darlehensgeschäft und das infrastrukturnahe Projektfinanzierungsgeschäft umfasst. In der KF verblieb das sonstige, nicht strategische Geschäft (insbesondere das nicht strategische Wertpapiergeschäft, das Credit-Default-Swap-Portfolio und die Anteile an der Kommunalkredit International Bank Ltd, Zypern (KIB)). Unternehmens- und steuerrechtlicher Spaltungsstichtag war der 30. Juni 2009. Die Eintragung der Spaltung in das Firmenbuch erfolgte am 28. November 2009. Damit wurde die Spaltung zivilrechtlich wirksam. Ziel und Geschäftszweck der KF sind der fokussierte Risikoabbau bei angestrebter Minimierung des Einsatzes öffentlicher Ressourcen, die Wahrung von Wertaufholungspotenzialen sowie der bestmögliche Eigenbeitrag unter Berücksichtigung der Erfordernisse des EU-Beihilfenrechts (Burdensharing). Zwar findet in der KF kein Neugeschäft in Darlehen, Wertpapieren oder CDS-Sell-Positionen statt, zum Zweck des aktiven Managements des Portfolios betreibt die KF aber weiterhin aktive Bankgeschäfte, insbesondere auf der Refinanzierungsseite, aber auch im Derivatbereich in Form von Zins- und FX-Absicherungsgeschäften sowie Portfolioabsicherungsmaßnahmen.

Mit unternehmens- und steuerrechtlichem Verschmelzungsstichtag 31. Dezember 2009 wurde die KIB in die KF verschmolzen. Die Eintragung der Verschmelzung in das Firmenbuch erfolgte am 18. November 2010. Damit wurde die Verschmelzung zivilrechtlich wirksam und die Tochtergesellschaft in Zypern geschlossen.

Die Republik Österreich hält unverändert zum Vorjahr 100 % der Anteile an der KF.

2. Länderrisiko Griechenland – Private Sector Involvement (PSI)

Wie ausführlich im Halbjahresbericht 2012 berichtet, hatten die im ersten Quartal 2012 umgesetzten Umschuldungsmaßnahmen für die Republik Griechenland (PSI II) rückwirkend auf den 31. Dezember 2011 wesentliche Auswirkungen auf die KF. In Summe resultierte für die KF für 2011 ein Wertberichtigungsbedarf (inkl. Hedgeswaps) von EUR 1.034,1 Mio., welcher in der Kapitalbasis der KF nicht gedeckt werden konnte.

Zur Rekapitalisierung der KF wurden in Folge in enger Abstimmung mit der Republik Österreich umfassende Kapitalmaßnahmen mit Wirksamkeit per 31. Dezember 2011 wie folgt gesetzt: EUR 609,6 Mio. Gesellschafterzuschuss der Republik Österreich; EUR 251,2 Mio. Bundesbürgschaft; EUR 389,0 Mio. Kapitalerhöhung der Republik Österreich gemäß §§ 182 ff iVm § 181 AktG nach Durchführung einer vereinfachten Kapitalherabsetzung des Grundkapitals sowie des Partizipationskapitals von EUR 22,3 Mio. bzw. EUR 434,1 Mio. auf jeweils Null; gleichzeitig wurden EUR 337,9 Mio. an Rücklagen aufgelöst. Somit verfügte die KF zum 31. Dezember 2011 über ein Kernkapital in Höhe von EUR 474,3 Mio. und Eigenmittel von EUR 836,5 Mio. mit einer Eigenmittelquote von 12,9 % und einer Kernkapitalquote von 7,3 %.

Nach Durchführung der Umschuldungsmaßnahmen im März 2012 (PSI II) verblieb in der KF zum Halbjahr 2012 ein Gesamtexposure gegenüber der Republik Griechenland von EUR 297,1 Mio. (Nominale EUR 484,5 Mio.). Davon waren EUR 234,3 Mio. unter der Bürgschaft der Republik Österreich gedeckt, womit das unbesicherte Obligo per 30. Juni 2012 EUR 62,8 Mio. betrug (davon EUR 30,8 Mio. direkt gegenüber der Republik Griechenland aus der Abwicklung des Umschuldungsprogramms sowie EUR 32,0 Mio. gegenüber griechischen Unternehmen, welche staatsgarantiert waren). Weiters bestanden EUR 59,1 Mio. gegenüber griechischen Gemeinden, die Anfang August 2012 unter die Bundesbürgschaft der Republik Österreich gestellt wurden; diese erhöhte sich damit von EUR 251,2 Mio. (Stand 31.12.2011) auf EUR 312,4 Mio.

3. Tauschprogramm Griechenland Dezember 2012 / Reduktion der Bundesbürgschaft

Zur weiteren Unterstützung der Griechischen Republik hat die Euro-Gruppe am 26. November 2012 ein Tauschprogramm für griechische Staatsanleihen beschlossen; i. e. griechische Staatsanleihen konnten in diesem Tauschprogramm gegen kurzlaufende EFSF-Anleihen mit einem rechnerischen Marktwert von 32 % getauscht werden. Dies hat zu einer entsprechenden Verbesserung der Sekundärmarktpreise für griechische Staatsanleihen geführt.

Die KF hat diese Marktverbesserung und das Tauschprogramm genutzt, um das souveräne Risiko gegenüber Griechenland per 31. Dezember 2012 auf das voll von der Republik Österreich verbürgte Obligo gegenüber griechischen Gemeinden in Höhe von EUR 61,6 Mio. zu reduzieren.

Durch die obigen Maßnahmen konnte zudem die Bundesbürgschaft von EUR 312,4 Mio. auf nunmehr EUR 82,3 Mio. reduziert werden, wobei nach einer maastricht-relevanten Bürgschaftsreduktion im Ausmaß von EUR 93,9 Mio. (plus Stückzinsen), welche für die Republik Österreich eine Wertaufholung darstellte (für die KF nicht GuV-wirksam), ein Bürgschaftsbetrag von EUR 133,7 Mio. zur Auszahlung kam. Durch die realisierte Wertaufholung sowie zusätzlich geleisteter Haftungsentgelte haben sich die Kapitalmaßnahmen der Republik Österreich gegenüber dem Halbjahr 2012 von EUR 2.028,5 Mio. auf EUR 1.908,8 Mio. zum 31. Dezember 2012 reduziert.

4. Angewendete Rechnungslegungsvorschriften

Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den relevanten Vorschriften des BWG (Bankwesengesetz) und den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des UGB (Unternehmensgesetzbuch) aufgestellt.

5. Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften

5.1. Allgemeines

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten.

Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt. Dem Vorsichtsprinzip wurde unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Bankgeschäftes insofern Rechnung getragen, als nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen und alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste bei der Bewertung berücksichtigt wurden.

Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam erfasst, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind. Zinsen werden unter Berücksichtigung aller vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit den finanziellen Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten periodengerecht im Zinsüberschuss ausgewiesen. Dividendenerträge werden erst vereinnahmt, wenn ein entsprechender Rechtsanspruch vorliegt.

Provisionen für Leistungen, die über einen bestimmten Zeitraum erbracht werden, werden über die Periode der Leistungserbringung erfasst. Gebühren, die mit der vollständigen Erbringung einer bestimmten Dienstleistung verbunden sind, werden zum Zeitpunkt der vollständig erbrachten Dienstleistung vereinnahmt. Die Berücksichtigung von leistungsabhängigen Provisionen erfolgt, wenn die Leistungskriterien erfüllt werden.

5.2. Währungsumrechnung

Berichtswährung ist der Euro. Die auf Fremdwährungen lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden gemäß § 58 Abs. 1 BWG zu den von der Europäischen Zentralbank (EZB) bekannt gegebenen Devisenkursen des Bilanzstichtages umgerechnet. Noch nicht abgewickelte Termingeschäfte werden zum Terminkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

5.3. Forderungen

Forderungen, die von Dritten erworben wurden, werden mit den Anschaffungskosten angesetzt. Alle übrigen Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden werden mit dem Nennwert angesetzt.

Für erkennbare Risiken bei Kreditnehmern werden Einzelwertberichtigungen gebildet. Für die Berechnung der pauschalierten Einzelwertberichtigung werden die Forderungen in homogene Portfolios mit vergleichbaren Risikomerkmale gruppiert. Die Quantifizierung erfolgt auf Basis des erwarteten Verlustes unter Verwendung von ratingabhängigen Ausfallwahrscheinlichkeiten und unter Berücksichtigung der Zeitdauer zwischen Eintritt und Erkennen des Ausfalls („Loss Identification Period“).

Weiters wurde aus Gründen der Vorsicht in Anbetracht der besonderen bankgeschäftlichen Risiken eine Vorsorge gem. § 57 Abs. 1 BWG gebildet.

5.4. Wertpapiere

Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden dem Anlagevermögen zugeordnet. Wertpapiere, die mit Handelsabsicht erworben werden, werden dem Handelsbuch zugeordnet. Die KF führt kein Handelsbuch. Wertpapiere, die weder dem Anlagevermögen noch dem Handelsbestand zugeordnet sind, werden als Wertpapiere des Umlaufvermögens klassifiziert.

Die Bewertung der Wertpapiere erfolgt mit den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips für das Anlagevermögen und des strengen Niederstwertprinzips für das Umlaufvermögen.

Für Wertpapiere, die wie Anlagevermögen bewertet werden und die ab dem Geschäftsjahr 2001 angeschafft wurden, wird vom Wahlrecht der zeitanteiligen Abschreibung von über dem Rückzahlungsbetrag liegenden Anschaffungskostenbeträgen Gebrauch gemacht. Die zeitanteilige Zuschreibungsmöglichkeit auf den höheren Rückzahlungsbetrag wird ebenfalls in Anspruch genommen. Wertpapiere des Anlagevermögens, die vor dem Geschäftsjahr 2001 angeschafft wurden und deren Anschaffungskosten über dem Rückzahlungsbetrag lagen, werden gemäß § 56 Abs. 2 BWG mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert. Waren die Anschaffungskosten dieser Wertpapiergruppe niedriger als der Rückzahlungsbetrag, so wird der Unterschiedsbetrag, beginnend mit dem 1. Jänner 2001, über die verbleibende Restlaufzeit verteilt.

Die Unterschiedsbeträge gem. § 56 Abs. 2 BWG und § 56 Abs. 3 BWG stellen sich wie folgt dar:

in EUR	31.12.2012	31.12.2011
Unterschiedsbetrag gem. § 56 Abs. 2 BWG (Unterschied zwischen dem höheren Anschaffungswert und Rückzahlungsbetrag der Wertpapiere)	55.436.100,26	83.740.894,44
Unterschiedsbetrag gem. § 56 Abs. 3 BWG (Unterschied zwischen dem niedrigeren Anschaffungswert und Rückzahlungsbetrag der Wertpapiere)	79.109.145,91	147.452.105,75

Weiters ergeben sich bei den Wertpapieren des Anlagevermögens folgende stille Reserven bzw. stille Lasten (ohne Berücksichtigung der dazugehörigen Zinsabsicherungsswaps):

Ermittlung stille Reserven in EUR	31.12.2012	31.12.2011
Buchwert	3.712.765.153,65	3.071.345.811,99
Beizulegender Zeitwert	4.353.714.499,19	3.541.692.105,81
Stille Reserven	640.949.345,54	470.346.293,82

Ermittlung stille Lasten in EUR	31.12.2012	31.12.2011
Buchwert	2.582.021.871,40	4.750.281.164,12
Beizulegender Zeitwert	2.263.605.540,22	4.086.104.872,47
Stille Lasten	-318.416.331,18	-664.176.291,65

Der Anstieg der stillen Reserven sowie der Rückgang der stillen Lasten resultiert im Wesentlichen aus fix verzinsten Wertpapieren, bei denen aufgrund des niedrigen Zinsniveaus ein entsprechend hoher Marktwert entsteht. Den stillen Reserven und stillen Lasten stehen die Marktwerte der zu Absicherungszwecken abgeschlossenen Zinssteuerungsderivate entgegen.

Die stillen Lasten verteilen sich auf die folgenden Bilanzpositionen:

Ermittlung stille Lasten in EUR	31.12.2012	31.12.2011
Schuldtitel öffentlicher Stellen		
Buchwert	497.511.492,44	1.530.841.924,34
Beizulegender Zeitwert	460.070.890,93	1.289.222.862,15
	-37.440.601,51	-241.619.062,19
Forderungen Kreditinstitute		
Buchwert	184.930.308,64	249.056.116,91
Beizulegender Zeitwert	167.860.236,70	239.301.437,79
	-17.070.071,94	-9.754.679,12
Forderungen Kunden		
Buchwert	664.059.254,82	920.364.136,85
Beizulegender Zeitwert	604.103.819,94	817.425.646,79
	-59.955.434,88	-102.938.490,06
Schuldverschreibungen öffentliche Emittenten		
Buchwert	421.327.452,15	556.839.484,28
Beizulegender Zeitwert	306.787.925,03	419.905.899,35
	-114.539.527,12	-136.933.584,93
Schuldverschreibungen andere Emittenten		
Buchwert	814.193.363,35	1.493.179.501,74
Beizulegender Zeitwert	724.782.667,62	1.320.249.026,39
	-89.410.695,73	-172.930.475,35

Alle Wertpapiere werden regelmäßig analysiert und bewertet; Wertpapiere, bei denen ein Rating-Downgrade von mehr als zwei Stufen erfolgt bzw. bei denen ein Kursverfall von über 20 % beobachtet wird, werden speziell überwacht. Auf Basis dieser Analysen waren über die bestehenden Wertberichtigungen hinaus keine außerplanmäßigen Abschreibungen gem. § 204 Abs. 1 Z 2 UGB erforderlich.

Wertpapiere des Umlaufvermögens werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Vom Wahlrecht des § 208 Abs. 2 UGB, wonach ein niedrigerer Wertansatz auch bei Wegfall der Gründe einer Abschreibung beibehalten werden darf, wird nicht Gebrauch gemacht. Bei den Wertpapieren des Umlaufvermögens ergeben sich folgende stille Reserven (ohne Berücksichtigung von dazugehörigen Zinsabsicherungsswaps):

Ermittlung stille Reserven in EUR	31.12.2012	31.12.2011
Buchwert	112.298.551,45	29.809.267,34
Beizulegender Zeitwert	119.008.382,09	30.440.313,74
Stille Reserven	6.709.830,64	631.046,40

5.4.1. Ermittlung beizulegender Zeitwert

Allgemein können die Methoden für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes in folgende drei Kategorien eingeteilt werden:

Level 1: Es existieren quotierte Preise auf einem aktiven Markt für idente Finanzinstrumente. In dieser Kategorie werden Bid Quotes für Aktiva aus Bloomberg oder Reuters herangezogen.

Level 2: Die Inputfaktoren für die Bewertung lassen sich am Markt beobachten. In diese Kategorie fallen folgende Preisbestimmungsmethoden:

- Preisbestimmung aufgrund Benchmark-Anleihen (ähnliche Papiere)
- Preisbestimmung aufgrund vom Markt abgeleiteter Spreads (Benchmark-Spreads)

Level 3: Die Inputfaktoren lassen sich nicht am Markt beobachten. Darunter fallen vor allem Preise, die vorwiegend auf Expertenschätzungen beruhen.

Für Level 2-Wertpapiere beträgt der Unterschiedsbetrag zwischen den beizulegenden Werten und den Buchwerten EUR 14.069.480,93 (2011: EUR 64.050.953,60). Für Level 3-Wertpapiere beträgt dieser Unterschiedsbetrag EUR 20.518.198,86 (2011: EUR -96.035.288,25).

in EUR	31.12.2012	31.12.2011
Level 2		
Beizulegender Wert	920.596.339,14	1.509.524.206,13
Buchwert	906.526.858,21	1.445.473.252,53
Unterschiedsbetrag	14.069.480,93	64.050.953,60
Level 3		
Beizulegender Wert	1.098.643.315,90	433.714.069,35
Buchwert	1.078.125.117,04	529.749.357,60
Unterschiedsbetrag	20.518.198,86	-96.035.288,25

Für Wertpapiere mit einem Buchwert von EUR 563.873.729,27 wurde 2012 die Klassifikation von Level 2 auf Level 3 geändert, da keine beobachtbaren Marktdaten vorhanden waren und die Anleihen sehr illiquide sind.

5.5. Beteiligungen

Die Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten bewertet, sofern nicht anhaltende Verluste oder verringertes Eigenkapital eine Abwertung auf das anteilige Eigenkapital oder auf den Ertragswert erforderlich machen.

5.6. Sachanlagen

Im Anlagenspiegel sind Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Kunstgegenstände ausgewiesen. Die Bewertung der Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgt mit den um die planmäßigen Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten. Auf Kunstgegenstände wird keine planmäßige Abschreibung vorgenommen.

5.7. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert.

5.8. Verbriefte Verbindlichkeiten

Agio-/Disagioträge sowie bis zum Geschäftsjahr 2002 aktivierte Emissionskosten und Zuzählungsprovisionen werden auf die Laufzeit der Schuld linear verteilt. Zerobonds werden nach der Nettomethode bilanziert.

Die im Zuge einer Emission anfallenden Kosten, die unmittelbar mit der Geldbeschaffung in Zusammenhang stehen, werden direkt in den Aufwand übernommen. Die weitere Differenz zwischen Emissionserlös und Rückzahlungsbetrag (Disagio/Agio) wird als Rechnungsabgrenzungsposten aktiviert bzw. passiviert und als Zinskomponente linear über die Laufzeit ins Zinsergebnis verteilt.

5.9. Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehende Verbindlichkeiten.

5.10. Credit-Default-Swaps

Credit-Default-Swaps (CDS) werden je nach Vertragsgestaltung als Derivat oder als Eventualverbindlichkeit behandelt:

- CDS-Verträge, bei denen Zahlungen von der Änderung von Bonitätsrating/-index oder einem Kreditrisikoaufschlag abhängig sind (Trigger):
Behandlung als Derivat; Einzelbewertung und Bildung einer Drohverlustrückstellung in Höhe eines allfälligen negativen beizulegenden Zeitwertes zum Bilanzstichtag. Positive beizulegende Zeitwerte werden nicht berücksichtigt; das strenge Niederstwertprinzip wird beibehalten.
- CDS ohne Trigger:
Behandlung als Eventualverbindlichkeit; Bildung von Drohverlustrückstellungen – analog der Methodik für Einzelwertberichtigungen – nach dem zu erwarteten Verlust.

Die KF verfügt ausschließlich über CDS-Verträge ohne Trigger.

Für CDS-Buy-Positionen, die zur Absicherung von CDS-Sell-Positionen abgeschlossen wurden, wird im Falle von negativen Marktwerten bzw. aufgrund von durch den Hedge fixierten negativen Spreads eine Drohverlustrückstellung gebildet.

5.11. Derivate

Swap-Geschäfte werden in der KF überwiegend zur Absicherung gegen Zinsänderungs- und/oder Währungsrisiken abgeschlossen, wobei die Absicherung entweder auf Einzelgeschäftsebene (Bilanzierung als Bewertungseinheit) oder durch Steuerung auf Gesamtbankebene (Bilanzierung als Makro-Hedge) erfolgt. Für Derivate, die weder als Bewertungseinheit noch als Makro-Hedge abgeschlossen werden, gilt das Prinzip der Einzelbewertung, wonach bei einem negativen beizulegenden Zeitwert am Abschlussstichtag eine Drohverlustrückstellung gebildet und unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen wird.

- **Bewertungseinheiten**

Für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (Bewertungseinheiten) enthält die AFRAC-Stellungnahme „Die unternehmensrechtliche Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsinstrumenten (Stand Dezember 2012)“ Vorschriften, um wirtschaftlich ungerechtfertigte Effekte in der Gewinn- und Verlustrechnung aus der unterschiedlichen Bewertung von abgesicherten Grundgeschäften und Sicherungsinstrumenten zu vermeiden. Grundgeschäfte sind einzelne bilanziell erfasste fix verzinste Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sowie schwebende Geschäfte, die im Zeitpunkt der Widmung bereits abgeschlossen sind. Ziel der Regeln zu Bewertungseinheiten ist es, die Wertänderungen der Sicherungsinstrumente und der abgesicherten Geschäfte weitgehend kompensierend zu erfassen. Um die Regelungen für Bewertungseinheiten anwenden zu dürfen, muss der Nachweis eines effektiven Sicherungszusammenhanges zwischen Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft erbracht werden. Als effektiv gilt eine Sicherungsbeziehung, wenn sich die Ergebnisse aus dem Sicherungsinstrument und die gegenläufigen Ergebnisse aus dem gesicherten Grundgeschäft – bezogen auf das gesicherte Risiko – in einer Bandbreite von 80 % bis 125 % ausgleichen. Die Einhaltung der Voraussetzungen wird in der KF durch prospektive (Abgleich der den Marktwert bestimmenden Komponenten) und retrospektive Effektivitätstests überprüft. Beim prospektiven Effektivitätstest werden alle Parameter des Grundgeschäfts und des Absicherungsgeschäfts, die das Ausmaß der abgesicherten Wertänderung bestimmen, verglichen bzw. überprüft, ob der abgesicherte beizulegende Zeitwert der Struktur (Grund- und Absicherungsgeschäft) in einer Bandbreite zwischen maximal 80 % und 125 % schwankt. Beim retrospektiven Effektivitätstest wird überprüft, ob der abgesicherte beizulegende Zeitwert der Struktur (Grund- und Absicherungsgeschäft) zwischen zwei Vergleichsstichtagen in einer Bandbreite zwischen maximal 80 % und 125 % schwankt. Die Sicherungsgeschäfte werden in der KF bis zum Laufzeitende der Grundgeschäfte abgeschlossen.

- **Makro-Hedge**

Zinsderivate, welche der Steuerung des Zinsrisikos des Bankbuchs bzw. eines klar abgegrenzten Teilbestands dienen (Makro-Hedge), werden im Sinne des „FMA-Rundschreibens zu Rechnungslegungsfragen bei Zinssteuerungsderivaten und zu Bewertungsanpassungen bei Derivaten gemäß § 57 BWG (Stand Dezember 2012)“ bilanziert. Dabei werden – als Ausnahme vom Grundsatz der Einzelbewertung – gegenläufige, zinsinduzierte Ertragseffekte oder Wertsteigerungen aus den abgesicherten Grundgeschäften bei der Beurteilung eines Rückstellungsbedarfs berücksichtigt. Werden negative Swapmarktwerte am Bilanzstichtag nicht vollständig durch die gegenläufigen, zinsinduzierten Ertragseffekte der Grundgeschäfte kompensiert, so erfolgt für den verbleibenden negativen Wert die Bildung einer Drohverlustrückstellung.

Ausgangspunkt für Steuerungs- und Risikobegrenzungsentscheidungen für das Zinsänderungsrisiko sind die Barwertsensitivitäten aller zinstragenden Positionen der Bank gegenüber Zinsänderungen. Das Zinsrisiko wird in Form von Gap- und Sensitivitätsanalysen in verschiedenen Szenarien und jährlichen Laufzeitbändern transparent dargestellt. Auf Grundlage dieser Information erfolgt die Aussteuerung und Begrenzung des Zinsänderungsrisikos auf Gesamtbankebene und wird die Widmung eines Steuerungsinstrumentes beschlossen.

Die Überprüfung der quantitativen Eignung des Derivats als Instrument zur Absicherung und Begrenzung des Zinsänderungsrisikos auf Gesamtbankebene erfolgt bei Abschluss eines neuen Zinsderivats durch einen prospektiven Test der Hedgewirkung mittels Szenarioanalysen. Dabei wird das Barwertrisiko der Gesamtposition sowie je Währung für einen Parallel-Shift sowie für zwei Drehungsszenarien (steiler – flacher) quantifiziert.

Aufgrund ihres Ausnahmecharakters ist die Anwendung dieser Bewertungsmethode an die Einhaltung formeller und materieller Bedingungen geknüpft, unter anderem:

- Vorliegen eines Absicherungsbedarfs hinsichtlich der Festzinslücken
- Bestehen einer Absicherungsstrategie und Nachweis der Einhaltung dieser Strategie
- qualitative Eignung des Derivats als Sicherungsinstrument

Die genannten Voraussetzungen werden von der KF erfüllt und dokumentiert.

Die mit den Swapkontrakten verbundenen Zinsansprüche werden laufzeitkonform abgegrenzt und in der Gewinn- und Verlustrechnung brutto dargestellt. Auch Zahlungen, die zum Ausgleich für nicht marktkonforme Vertragsbestimmungen geleistet werden, werden laufzeitkonform abgegrenzt.

Die barwertige Bewertung der Swaps (Interest-Rate-Swaps, Cross-Currency-Interest-Rate-Swaps, FX-Swaps) erfolgt in den Basissystemen der Bank auf Grundlage der Discounted-Cashflow-Methode unter Verwendung aktueller Zinskurven. Dabei wird auch der Effekt durch Basisswap-Spreads berücksichtigt. Eingebettete Optionali-täten werden mithilfe geeigneter Optionsbewertungsmodelle bewertet. Dabei finden Hull-White- und Libor-Market-Modelle im Zinsbereich Anwendung sowie Jarrow-Yildirim-Modelle für inflationsgelinkte Derivate.

6. Erläuterungen zur Bilanz

6.1. Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind

In diesem Posten werden Wertpapiere öffentlicher Stellen, die bei der EZB refinanzierbar sind, ausgewiesen.

Am Bilanzstichtag waren Wertpapiere im Nominale von EUR 1.592.426.978,12 (31.12.2011: EUR 2.414.008.310,80) dem Anlagevermögen sowie EUR 9.345.152,64 (31.12.2011: EUR 19.800.000,00) dem Umlaufvermögen gewidmet.

In dieser Position sind keine nachrangigen Forderungen enthalten.

Von den Schuldtiteln öffentlicher Stellen werden im Jahr 2013 Werte in Höhe von EUR 61.300.000,00 (2012: EUR 216.809.000,00) fällig.

6.2. Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute setzen sich wie folgt zusammen:

in EUR	31.12.2012	31.12.2011
Sicherstellungen für negative Marktwerte aus Derivat- und CDS-Geschäften (Collaterals)	2.463.636.551,67	3.423.441.567,91
Nicht börsennotierte Wertpapiere	370.680.750,50	422.881.306,29
Darlehen	40.960.495,06	126.808.289,23
Guthaben bei Kreditinstituten	27.781.137,13	637.850.012,75
Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG	-42.200.000,00	-139.000.000,00
Summe	2.860.858.934,36	4.471.981.176,18
davon		
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
Forderungen aus Wechsel	0,00	0,00
Nachrangige Forderungen	19.834.373,81	19.875.245,98

Der Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von EUR 1.611.122.241,82 ist im Wesentlichen auf die Reduktion der Sicherstellungen für negative Marktwerte aus Derivat- und CDS-Geschäften (Collaterals) und den Abbau von Wertpapieren und Darlehen zurückzuführen.

Die Vorsorge gem. § 57 Abs. 1 BWG beträgt insgesamt EUR 64.000.000,00 (31.12.2011: EUR 180.000.000,00) und ist in den Posten Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden und Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthalten.

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2012	31.12.2011
Täglich fällige Forderungen	2.331.651.412,87	4.063.134.628,40
Sonstige Forderungen		
a) Bis 3 Monate	178.948.918,26	43.555.098,58
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	23.244.750,87	52.731.748,78
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	328.617.404,38	305.228.358,62
d) Mehr als 5 Jahre	40.596.447,98	146.331.341,80
	571.407.521,49	547.846.547,78
Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG	-42.200.000,00	-139.000.000,00
Summe	2.860.858.934,36	4.471.981.176,18

6.3. Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden setzen sich wie folgt zusammen:

in EUR	31.12.2012	31.12.2011
Nicht börsennotierte Wertpapiere	1.787.299.853,95	2.005.985.550,50
Darlehen	820.322.983,25	949.143.127,14
Sicherstellungen für negative Marktwerte aus Derivat- und CDS-Geschäften (Collaterals)	179.702.366,39	489.943.441,65
Einzelwertberichtigungen	-4.521.130,33	-4.871.459,06
Pauschale Einzelwertberichtigungen	-822.946,42	-1.428.787,90
Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG	-17.800.000,00	-37.000.000,00
Summe	2.764.181.126,84	3.401.771.872,33
davon		
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
Forderungen aus Wechsel	13.261.037,65	18.177.597,97

Die Forderungen an Kunden gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2012	31.12.2011
Täglich fällige Forderungen	179.807.647,47	490.177.327,01
Sonstige Forderungen		
a) Bis 3 Monate	36.096.813,09	37.824.072,71
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	94.392.027,44	120.826.408,63
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	279.695.247,46	323.102.042,45
d) Mehr als 5 Jahre	2.192.812.337,80	2.468.270.809,44
	2.602.996.425,79	2.950.023.333,22
Pauschale Einzelwertberichtigung	-822.946,42	-1.428.787,90
Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG	-17.800.000,00	-37.000.000,00
	-18.622.946,42	-38.428.787,90
Summe	2.764.181.126,84	3.401.771.872,33

6.4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Der Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere setzt sich wie folgt zusammen:

in EUR	31.12.2012	31.12.2011
Wertpapiere von öffentlichen Emittenten	1.238.295.742,38	1.298.871.891,89
Vorsorge gem. § 57 Abs. 1 BWG	-3.000.000,00	-1.000.000,00
Pauschale Einzelwertberichtigungen	-7.700,50	-209.013,18
	1.235.288.041,88	1.297.662.878,71
Wertpapiere von anderen Emittenten	1.641.640.409,62	2.372.249.911,56
Vorsorge gem. § 57 Abs. 1 BWG	-1.000.000,00	-3.000.000,00
Pauschale Einzelwertberichtigungen	-71.273,70	-175.780,73
	1.640.569.135,92	2.369.074.130,83
Summe	2.875.857.177,80	3.666.737.009,54
davon		
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
Nachrangige Forderungen	11.498.539,68	13.952.135,69
Eigene Emissionen	11.605.519,46	11.598.468,17

Alle in der Position Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthaltenen Papiere sind börsennotiert.

Am Bilanzstichtag waren Wertpapiere im Nominale von EUR 2.714.882.062,70 (31.12.2011: EUR 3.534.985.734,94) dem Anlagevermögen sowie ein Volumen von EUR 135.909.181,80 (31.12.2011: EUR 121.531.868,80) dem Umlaufvermögen gewidmet.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im Jahr 2013 Werte in Höhe von EUR 99.247.647,16 (2012: EUR 370.311.241,60) fällig.

6.5. Beteiligungen

Die KF hält Beteiligungen an der Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft m.b.H., Wien, mit einem Buchwert von unverändert EUR 70,00 und der SALEM Beteiligungsverwaltung zwölfte GmbH, Wien, mit einem Buchwert von unverändert EUR 23.000,00. Die Zusammensetzung der Beteiligungen einschließlich der Darstellung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse ist Anlage 1 zu entnehmen.

6.6. Sachanlagen

Die Entwicklung der Sachanlagen wird im Anlagenspiegel (Anlage 2) dargestellt.

6.7. Sonstige Vermögensgegenstände

Die Position Sonstige Vermögensgegenstände beinhaltet folgende Posten:

in EUR	31.12.2012	31.12.2011
Fremdwährungsbewertung von Derivaten im Bankbuch	162.341.800,04	170.888.915,85
Zinsabgrenzungen von Derivaten im Bankbuch	99.888.876,21	152.326.131,19
Abgrenzungen von CDS-Gebühren	20.683.894,70	25.771.787,93
Forderung aus Gesellschafterzuschuss	0,00	609.628.295,00
Sonstiges	2.386.839,38	2.160.938,45
Summe	285.301.410,33	960.776.068,42
davon erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam	122.934.670,00	789.845.160,45

Die Fremdwährungsbewertung von Derivaten im Bankbuch ergibt sich aus der Änderung von Fremdwährungskursen zwischen dem Abschlusszeitpunkt von Währungsswaps und dem Bilanzstichtag. Dieser Bewertung stehen Fremdwährungsbewertungen von Aktiv- und Passivbeständen sowie negative Fremdwährungsbewertungen von Derivaten, welche unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen werden, gegenüber. Die offene Fremdwährungsposition der KF wird laufend überwacht und ist eng limitiert, sodass es keine wesentlichen Währungskursrisiken gibt.

6.8. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungen enthalten folgende Positionen:

in EUR	31.12.2012	31.12.2011
Abgegrenzte Gebühren aus Derivatgeschäften	10.434.680,36	11.997.925,80
Aktivierete Ausgabedisagios von begebenen Schuldverschreibungen	9.155.837,90	16.004.204,06
Sonstiges	342.036,70	3.875,21
Summe	19.932.554,96	28.006.005,07

6.9. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2012	31.12.2011
Täglich fällige Verbindlichkeiten	212.969.868,69	79.393.644,97
Sonstige Verbindlichkeiten		
a) Bis 3 Monate	532.950.550,34	1.798.170.441,88
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.231.353.765,48	917.242.877,91
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	868.592.587,97	1.889.040.146,16
d) Mehr als 5 Jahre	130.000.000,00	646.371.435,32
	2.762.896.903,79	5.250.824.901,27
Summe	2.975.866.772,48	5.330.218.546,24

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind unverändert zum Vorjahr keine Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

6.10. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2012	31.12.2011
Täglich fällige Verbindlichkeiten	5.695.337,06	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten		
a) Bis 3 Monate	183.472.741,14	305.863.853,97
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	95.187.026,98	98.609.857,97
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	22.579.202,67	71.857.795,53
d) Mehr als 5 Jahre	52.354.807,30	52.164.924,69
	353.593.778,09	528.496.432,16
Summe	359.289.115,15	528.496.432,16

In der Position Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind unverändert zum Vorjahr keine Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

6.11. Verbriefte Verbindlichkeiten

In der Position verbrieft Verbindlichkeiten sind staatsgarantierte Eigenemissionen mit einem Gesamtnominale von EUR 2.327.040.842,00 (31.12.2011: EUR 4.600.600.798,00) enthalten, die unter dem Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG) begeben wurden. Im Geschäftsjahr 2012 fielen Aufwendungen für Haftungsentgelte in Höhe von EUR 40.179.432,14 (2011: EUR 56.064.130,46) an. Weiters sind in dieser Position staatsgarantierte Commercial Papers in Höhe von EUR 2.565.079.475,51 (31.12.2011: EUR 1.942.891.119,90) enthalten, die unter dem Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG) begeben wurden. Für diese fielen im Geschäftsjahr 2012 Haftungsentgelte in Höhe von EUR 17.627.912,80 (2011: EUR 5.231.176,44) an.

Im Jahr 2013 werden von den begebenen Schuldverschreibungen Nominalwerte in Höhe von EUR 1.076.000.000,00 (2012: EUR 2.250.000.000,00), von den anderen verbrieften Verbindlichkeiten EUR 3.809.656.900,96 (2012: EUR 2.431.633.482,65) fällig.

In dieser Position sind unverändert zum Vorjahr keine Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

6.12. Sonstige Verbindlichkeiten

In den Sonstigen Verbindlichkeiten sind folgende Positionen enthalten:

in EUR	31.12.2012	31.12.2011
Zinsabgrenzungen von Derivaten	159.463.148,33	207.508.907,00
Fremdwährungsbewertungen von Derivaten im Bankbuch	72.247.346,92	153.507.714,92
Abgrenzung Haftungsprovisionen an die Republik Österreich	14.690.646,38	12.454.473,71
Verbindlichkeiten aus Haftungsentgelten iZm dem Besserungsschein	0,00	18.185.433,74
Verbindlichkeit Zessionsgebühr	0,00	9.092.855,28
Sonstige	4.963.828,34	5.799.953,03
Summe	251.364.969,97	406.549.337,68
davon erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam	178.006.451,18	251.937.720,37

Die Fremdwährungsbewertung von Derivaten im Bankbuch ergibt sich aus der Änderung von Fremdwährungskursen zwischen dem Abschlusszeitpunkt von Währungsswaps und dem Bilanzstichtag. Dieser Bewertung stehen Fremdwährungsbewertungen von Aktiv- und Passivbeständen sowie positive Fremdwährungsbewertungen von Derivaten, welche unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen werden, gegenüber. Die offene Fremdwährungsposition der KF wird laufend überwacht und ist eng limitiert, sodass es keine wesentlichen Währungskursrisiken gibt.

6.13. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungen enthalten Folgendes:

in EUR	31.12.2012	31.12.2011
Abgegrenzte Gebühren aus Derivatgeschäften	168.196.628,79	53.589.111,39
Über die Laufzeit abgegrenzte CDS-Gebühren	811.776,22	1.017.249,53
Sonstiges	2.053.873,16	2.076.236,71
Summe	171.062.278,17	56.682.597,63

6.14. Rückstellungen

Die Rückstellungen zum 31. Dezember 2012 von EUR 150.618.885,54 haben sich im Vergleich zum Vorjahr (EUR 555.669.721,33) wesentlich durch die Verwendung der Drohverlustrückstellung für Absicherungsswaps iZm Griechenland-Anleihen von EUR 219.145.234,98 reduziert. Als wesentliche Posten verbleiben vor allem Drohverlustrückstellungen für Makroswaps von EUR 28.365.527,81 (31.12.2011: EUR 15.983.714,58) und für zu Sicherungszwecken abgeschlossene CDS-Buy-Positionen von EUR 27.587.651,00 (31.12.2011: EUR 17.690.678,00). Weiters wurden für nicht mehr effektive Absicherungsswaps Drohverlustrückstellungen in Höhe des beizulegenden Zeitwerts zum 31. Dezember 2012 von EUR 21.343.403,54 (31.12.2011: EUR 234.168.137,68) gebildet.

6.15. Fonds für allgemeine Bankrisiken

Zur Deckung besonderer bankgeschäftlicher Risiken aus Gründen der Vorsicht hat die KF den Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von EUR 95.000.000,00 (31.12.2011: EUR 95.000.000,00) dotiert.

6.16. Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Verbindlichkeiten stellen sich per 31. Dezember 2012 wie folgt dar:

ISIN	Zinssatz zum Stichtag in %	Laufzeit bis	Währung	Nominale in EUR	Kündigungsrecht	Umwandlung in Kapital
AT0000329941	5,5	23.07.2013	EUR	10.900.924,50	nein	nein
XS0286975973	0,392	28.02.2017	EUR	40.000.000,00	Emittent bei Steuerevent	nein
XS0140045302	6,08	13.12.2018	EUR	19.500.000,00	Emittent	nein
XS0255270380	5,156	07.06.2021	EUR	5.000.000,00	nein	nein
XS0144772927	6,46	27.03.2022	EUR	5.000.000,00	Emittent	nein
XS0185015541	5,43	13.02.2024	EUR	20.000.000,00	Emittent	nein
AT0000441209	5	27.02.2024	EUR	19.000.000,00	Emittent	nein
XS0279423775	4,44	20.12.2030	EUR	35.000.000,00	Emittent bei Steuerevent	nein
XS0257275098	4,9	23.06.2031	EUR	10.000.000,00	nach Wahl des Emittenten am 23.06.2016	nein
				164.400.924,50		

Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Bedingungen des § 23 Abs. 8 BWG.

In dieser Position sind keine Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

6.17. Ergänzungskapital

Das Ergänzungskapital stellt sich per 31. Dezember 2012 wie folgt dar:

ISIN	Zinssatz zum Stichtag in %	Laufzeit bis	Währung	Nominale in EUR	Kündigungsrecht	Umwandlung in Kapital
XS0284217709	4,26	08.02.2019	EUR	7.583.000,00	nein	nein
XS0270579856	3,016	25.10.2021	EUR	18.957.500,00	Emittent	nein
				26.540.500,00		

Das Ergänzungskapital erfüllt die Bedingungen des § 23 Abs. 7 BWG. Aufgrund des negativen Jahresergebnisses vor Rücklagenbewegung erfolgt gemäß Emissionsbedingungen und vertraglicher Regelungen 2013 keine Zahlung von gewinnabhängigen Kupons. Entsprechende Ad-hoc-Mitteilungen gem. § 48 d Börsegesetz wurden bereits in den Vorjahren publiziert. Auf diese Ad-hoc-Mitteilungen wird explizit verwiesen. Für diese Zinskupons wird in der Bilanz keine Verbindlichkeit angesetzt.

Zum Bilanzstichtag sind unverändert zum Vorjahr keine Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

6.18. Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beläuft sich zum 31. Dezember 2012 unverändert zum Vorjahr auf EUR 389.000.000,00 und ist in 3.890.000 Stückaktien eingeteilt. Die Aktien lauten auf Inhaber; jede Stückaktie repräsentiert einen Anteil von EUR 100,00 am Grundkapital. Die Republik Österreich hält alle Stückaktien.

Es gibt keine ausgegebenen und nicht voll eingezahlten Anteile und keine genehmigten Anteile. Zum 31. Dezember 2012 und während des Geschäftsjahres befanden sich keine eigenen Aktien im Bestand der KF.

6.19. Haftrücklage gem. § 23 Abs. 6 BWG

Zum Bilanzstichtag beträgt die Haftrücklage unverändert zum Vorjahr EUR 76.091.088,46.

7. Positionen unter der Bilanz

7.1. Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen CDS-Sell im Nominale von EUR 7.001.742.871,83 (31.12.2011: EUR 10.447.276.235,74). Weiters bestehen Absicherungspositionen (CDS-Buy) von EUR -1.008.886.333,95 (31.12.2011: EUR -1.112.056.503,44); der Nettobestand an CDS beträgt somit zum 31.12.2012 EUR 5.992.856.537,88 (31.12.2011: EUR 9.335.219.732,30).

Der CDS-Bestand entwickelte sich wie folgt:

in EUR 1.000	Nominalbeträge 31.12.2011	Abbau CDS 2012	FX-Änderungen	Nominalbeträge 31.12.2012
CDS sell	10.447.276.235,74	-3.307.748.206,78	-137.785.157,13	7.001.742.871,83
CDS buy	-1.112.056.503,44	81.457.145,07	21.713.024,42	-1.008.886.333,95
Summe	9.335.219.732,30	-3.226.291.061,71	-116.072.132,71	5.992.856.537,88

Die CDS weisen folgende Marktwerte auf:

in EUR 1.000	Marktwerte 31.12.2012	Marktwerte 31.12.2011
CDS sell	-367.392.601,06	-1.373.260.407,60
CDS buy	-26.398.097,40	6.949.643,18
Summe	-393.790.698,46	-1.366.310.764,42

Alle CDS sind unter ISDA-Verträgen abgeschlossen. Weiters bestehen mit den Vertragsparteien Credit Support Annex-Agreements (CSA-Agreements), nach denen die Verträge auf täglicher Basis bewertet und mittels Collateral-Zahlungen besichert werden. Collaterals werden unter 6.2. Forderungen an Kreditinstitute und 6.3. Forderungen an Kunden ausgewiesen.

Die KF verfügt ausschließlich über CDS-Verträge ohne Trigger, weshalb diese als Eventualverbindlichkeiten behandelt werden. Bei sämtlichen CDS wurde die Wahrscheinlichkeit einer drohenden Inanspruchnahme geprüft und analysiert. Auf Basis dieser Analysen waren keine Vorsorgen erforderlich.

Weiters werden unter den Eventualverbindlichkeiten Haftungskredite von EUR 208.141.704,99 (31.12.2011: EUR 219.752.863,19) ausgewiesen.

7.2. Kreditrisiken

Zum 31. Dezember 2012 bestanden wie im Vorjahr keine offenen Rahmen und Promessen aus dem laufenden Kreditgeschäft.

8. Ergänzende Angaben

8.1. Gesamtbetrag der Aktiva und Passiva, die auf fremde Währung lauten

In der Bilanz sind Aktiva, die auf fremde Währung lauten, in Höh€ von EUR 3.774.918.389,15 (31.12.2011: EUR 4.458.899.552,67) enthalten. Die Passiva in fremder Währung betragen EUR 2.191.917.662,84 (31.12.2011: EUR 3.110.971.642,58). Offene Währungspositionen werden über entsprechende Swap-Kontrakte geschlossen.

8.2. Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Derivativgeschafte

Zur Absicherung von Währungs- und Zinsänderungsrisiken wurden folgende am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Derivativgeschafte im Bankbuch eingegangen (beizulegende Zeitwerte inklusive Zinsabgrenzungen):

31.12.2012 in EUR	Nominale	Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
Zinsswaps	13.888.808.006	772.702.067	-2.405.753.001
davon in Makro-Hedge	6.902.138.463	701.218.206	-781.806.765
davon in Bewertungseinheit	6.406.669.543	71.483.861	-1.598.427.003
Zins-/Währungsswaps	1.101.577.874	77.374.044	-288.204.943
davon in Makro-Hedge	110.489.372	20.032.718	-20.032.718
davon in Bewertungseinheit	991.088.502	57.341.326	-268.172.225
Währungsswaps	1.494.680.983	1.509.940.574	-1.493.833.004
gekaufte Optionen	1.000.000.000	382.022.303	0
verkaufte Optionen	-1.000.000.000	0	-382.022.303
CDS	0	0	0
Summe	16.485.066.864	2.742.038.988	-4.569.813.252

31.12.2011 in EUR	Nominale	Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
Zinsswaps	20.379.544.569	716.814.832	-2.397.780.236
davon in Makro-Hedge	7.769.665.793	631.345.533	-738.232.663
davon in Bewertungseinheit	9.598.637.567	84.447.105	-1.657.999.808
Zins-/Währungsswaps	1.241.295.744	101.547.174	-349.775.936
davon in Makro-Hedge	110.060.062	19.390.396	-19.390.396
davon in Bewertungseinheit	1.131.235.681	82.156.778	-330.385.539
Währungsswaps	1.645.311.946	1.604.550.122	-1.644.810.667
gekaufte Optionen	1.000.000.000	416.400.143	0
verkaufte Optionen	-1.000.000.000	0	-416.400.143
CDS	0	0	0
Summe	24.266.152.258	2.839.312.271	-4.808.766.982

In der Bilanz sind Zinsabgrenzungen, Fremdwährungsbewertungen sowie abgegrenzte Gebühren aus Derivatgeschäften in Höhe von EUR 272.690.296,90 (31.12.2011: EUR 335.254.964,95) auf der Aktivseite und von EUR 401.018.295,91 (31.12.2011: EUR 429.101.220,22) auf der Passivseite enthalten. Weiters sind Rückstellungen in Höhe von EUR 54.839.123,47 (31.12.2011: EUR 261.622.860,14) im Zusammenhang mit Derivaten erfasst, davon entsprechen EUR 28.365.527,81 (31.12.2011: EUR 15.983.714,58) der Drohverlustrückstellung für Makro-Swaps.

in EUR	Beizulegender Zeitwert Makro-Swaps	Zinsbarwerte Grundgeschäfte	Rückstellung
EUR	-55.524.291	34.448.241	-21.076.050
USD	-22.144.160	15.979.260	-6.164.900
GBP	-1.124.578	0	-1.124.578
CAD	-15.576	53.988	0
			-28.365.528

8.3. Total Return Swaps (TRS)

In der Bilanz sind Wertpapiere enthalten, welche zivilrechtlich an Drittparteien gegen Hereinnahme von Liquidität verkauft wurden; das zugrundeliegende Risiko jedoch über eine CDS-Struktur bei der KF verbleibt, weshalb keine Ausbuchung erfolgt ist. Die Wertpapiere bzw. die erhaltene Liquidität sind in der Bilanz in folgenden Posten enthalten:

Buchwerte in EUR	31.12.2012	31.12.2011
Schuldtitel öffentlicher Stellen	227.497.405,64	925.988.917,26
Forderungen an Kreditinstitute	189.057.103,20	188.346.035,23
Forderungen an Kunden	267.101.802,36	382.788.123,63
Schuldverschreibungen anderer Emittenten	229.865.892,06	235.242.898,12
Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten	193.389.578,79	193.492.477,63
Summe AKTIVA	1.106.911.782,05	1.925.858.451,87
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.001.053.663,89	1.621.681.857,24
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	66.034.009,97	145.122.720,22
Summe PASSIVA	1.067.087.673,86	1.766.804.577,46

8.4. Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten

Die Aufwendungen für sämtliche nachrangige Verbindlichkeiten betragen im Berichtsjahr 2012 EUR 7.208.133,32 (2011: EUR 7.800.224,74).

8.5. Rechtsstreitigkeiten

Die KF wurde von zwei ehemaligen Vorstandsmitgliedern vor dem Arbeits- und Sozialgericht Wien wegen angeblich unberechtigter vorzeitiger Auflösung ihrer Vorstandsverträge auf Kündigungsentschädigung geklagt. Das finanzielle Risiko liegt jeweils bei rund EUR 3 Mio. zuzüglich Zinsen. In diesen Verfahren hat die KF jeweils eine Widerklage wegen Schadenersatz eingebracht. Die KF rechnet nicht mit einem Aufwand aus diesen Verfahren. Ebenso werden staatsanwaltliche Untersuchungen u. a. gegen vormalige Vorstandsmitglieder durchgeführt. Die KF hat sich diesem Verfahren als Privatbeteiligte angeschlossen.

Ein Investor in Zertifikaten, die vor der Kapitalherabsetzung durch Tier 1-Instrumente (Partizipationskapital) der KF gedeckt waren, hat gerichtliche Schritte gegen mehrere Parteien, darunter auch gegenüber der KF eingeleitet. Bei den Tier 1-Instrumenten handelte es sich um Partizipationskapital, welches gemäß § 23 BWG voll verlusttragend ist, das ursprünglich von der KA alt begeben worden war und im Zuge der Spaltung zwischen der KF und der KA aufgeteilt wurde.

Ein ehemaliger Inhaber von Partizipationskapital der KF hat Klagen gegen die Herabsetzung des Partizipationskapitals per 31. Dezember 2011 sowie den Aufteilungsschlüssel des Partizipationskapitals bei der Spaltung der KA alt im Jahr 2009 eingebracht.

Ein Investor in ein Genussrecht der vormaligen KIB hat zudem Klage gegen die Abschichtung im Rahmen der Verschmelzung der KIB auf die KF eingebracht.

In allen obigen Fällen werden alle erforderlichen Schritte zur Abwehr der erhobenen Einwendungen und Ansprüche gesetzt. Die Organe der Gesellschaft sind der Meinung, dass die erhobenen Einwendungen und Ansprüche in den obigen Verfahren unbegründet sind.

8.6. Sonstige Verpflichtungen

8.6.1. Besserungsschein

Im Rahmen der Kapitalisierungsvereinbarung mit der Republik Österreich und der KA vom 17. November 2009 verzichtete die KA gegenüber der KF auf die Rückzahlung von Geldmarkteinlagen im Ausmaß von EUR 1,0 Mrd. gegen Ausstellung eines Besserungsscheins. Dieser Besserungsschein wurde am 30. Dezember 2011 von der KA an die Republik Österreich übertragen und sichert dieser vorrangige Zahlungen aus künftigen Jahresüberschüssen bzw. künftigen Liquidationserlösen der KF im Ausmaß des ursprünglichen Verzichtsbetrags von EUR 1.000.000.000,00 zuzüglich Zinsen (Gesamtstand 31.12.2012: 1.140.915.744,99) zu.

8.6.2. Spaltung

Aufgrund der vom SpaltG normierten gesamtschuldnerischen Haftung haftet die KF für Verbindlichkeiten, die bis zur Eintragung der Spaltung in das Firmenbuch entstanden sind und als dem Kernbankgeschäft zugeordnete Verbindlichkeiten auf die KA abgespalten wurden, bis zur Höhe des ihr im Rahmen der Spaltung zugewiesenen Nettoaktivvermögens.

8.6.3. Haftungsentgelt aus Bürgschaft

Die Haftung der Republik Österreich für wertberichtigte Forderungen der KF beträgt per 31. Dezember 2012 EUR 82.301.349,82. Für die Haftungsübernahme hat die KF ein Entgelt in Höhe von 10 % p. a. an die Republik Österreich zu entrichten.

Weiters leistet die KF Haftungsentgelte für staatsgarantierte Eigenemissionen und ein staatsgarantiertes CP-Programm an die Republik Österreich.

8.6.4. Sonstige Verpflichtungen

Die KF ist gemäß § 93 BWG zur anteiligen Sicherung der Einlagen im Rahmen der Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft m.b.H., Wien, verpflichtet.

Aufgrund von Mietverträgen ergeben sich im Jahr 2013 Verpflichtungen in Höhe von EUR 114.000,00. Die entsprechenden Verpflichtungen für die Jahre 2014 bis 2018 betragen voraussichtlich EUR 627.000,00.

8.7. Als Sicherheiten gegebene Vermögensgegenstände

Als Sicherheit für Verbindlichkeiten Dritter wurden zum Bilanzstichtag und zum Bilanzstichtag des Vorjahres keine Forderungen gegenüber Kreditinstituten oder andere Gläubiger verpfändet.

Als Sicherheiten aus ISDA-/CSA-Vereinbarungen wurden Guthaben bei Kreditinstituten mit einem Nominale von EUR 2.463.109.870,73 (31.12.2011: EUR 3.421.201.747,18) gestellt. In den Forderungen an Kunden (Nichtbank-Finanzinstitute) sind gegebene Barsicherheiten mit einem Nominale von EUR 179.690.000,00 (31.12.2011: EUR 489.690.000,00) enthalten. In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind erhaltene Barsicherheiten für positive Marktwerte mit einem Nominale von EUR 212.942.715,64 (31.12.2011: EUR 76.061.344,92) enthalten. Weiters sind in den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhaltene Barsicherheiten für positive Marktwerte mit einem Nominale von EUR 5.695.000,00 (31.12.2011: EUR 0,00) ausgewiesen.

Im Rahmen von besicherten Wertpapierleihen sowie von Pensionsgeschäften wurden zum 31. Dezember 2012 Wertpapiere und Darlehen mit einem gesperrten Belehnungs- bzw. Buchwert von EUR 2.097.150.256,51 (31.12.2011: EUR 3.813.385.758,14) als Sicherheit hinterlegt.

8.8. Latente Steuern

Zum Bilanzstichtag waren wie im Vorjahr keine aktivierungsfähigen aktiven, latenten Steuern vorhanden.

9. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

9.1. Darstellung der wesentlichen GuV-Positionen

9.1.1. Zinsergebnis

Zinsen und ähnliche Erträge in EUR	2012	2011
Kreditgeschäft	108.947.183,60	121.947.923,80
Bankveranlagungen	26.303.615,73	77.327.997,47
Festverzinsliche Wertpapiere	203.060.691,24	236.593.474,06
Swap-Ertrag	349.838.816,62	467.812.425,36
Summe Zinserträge	688.150.307,19	903.681.820,69

Zinsen und ähnliche Aufwendungen in EUR	2012	2011
Mit Banken	-68.160.070,28	-98.058.375,46
Mit Nichtbanken	-5.366.483,04	-3.544.169,43
Eigene Emissionen	-112.118.271,57	-152.663.447,57
Swap-Aufwand	-545.997.603,19	-669.018.560,22
Summe Zinsaufwendungen	-731.642.428,08	-923.284.552,68
Summe Zinsergebnis	-43.492.120,89	-19.602.731,99

Die Zinsaufwendungen und -erträge aus Zinsabsicherungsswaps werden brutto in den Zinserträgen bzw. Zinsaufwendungen gezeigt und nicht mit jenen der Grundgeschäfte saldiert.

9.1.2. Provisionsergebnis

Provisionserträge in EUR	2012	2011
Haftungsprovisionen	17.106.622,85	19.919.772,25
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	228.780,08	125.000,04
Summe Provisionserträge	17.335.402,93	20.044.772,29

Provisionsaufwendungen in EUR	2012	2011
Haftungsprovisionen	-30.879.304,65	-31.180.571,75
Wertpapiergeschäft darunter:	-87.610.094,02	-173.477.809,02
Haftungsentgelt Bundesbürgschaft	-25.473.804,92	-475.929,26
Haftungsentgelt für Emissionsgarantien	-40.179.432,14	-56.064.130,46
Haftungsentgelt für staatsgarantierte Commercial Papers	-17.627.912,80	-5.231.176,44
Haftungsentgelt Besserungsschein	0,00	-108.404.369,00
Geld- und Devisenhandel	-149.556,05	-163.725,46
Summe Provisionsaufwendungen	-118.638.954,72	-204.822.106,23
Summe Provisionsergebnis	-101.303.551,79	-184.777.333,94

Die Haftungsprovisionen enthalten insbesondere periodengerecht abgegrenzte Erträge und Aufwendungen aus CDS-Verträgen. Die im Wertpapiergeschäft ausgewiesenen Haftungsentgelte werden an die Republik Österreich abgeführt.

9.1.3. Erträge /Aufwendungen aus Finanzgeschäften

in EUR	2012	2011
Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften	-9.854.346,95	15.866.609,30

Die Aufwendungen aus Finanzgeschäften resultieren im Wesentlichen aus der Veränderung der Drohverlustrückstellung für CDS-Absicherungsverträge. Auf die Drohverlustrückstellung wirken Marktwertverbesserungen, wie sie 2012 bei den gehedgten Positionen eingetreten sind, negativ (Marktwert über Hedgeniveau) und Marktwertverschlechterungen positiv (Marktwert liegt unter Hedgeniveau).

9.1.4. Verwaltungsaufwand

in EUR	2012	2011
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-15.619.138,78	-17.411.795,92
Personalaufwand	0,00	-4.970,10
Sachaufwand	-15.619.138,78	-17.406.825,82

Der im Vorjahr ausgewiesene Personalaufwand betraf eine Nachverrechnung der Kommunalsteuer aufgrund einer Betriebsprüfung betreffend die Geschäftsjahre 2007 bis 2009.

Die KF hat keine eigenen MitarbeiterInnen; 15 MitarbeiterInnen (31.12.2011: 14) sind über Arbeitskräfteüberlassungsvereinbarungen aus der KA direkt und ausschließlich in der KF aktiv. Zusätzlich bezieht die KF überwiegend Dienstleistungen von der KA über ein Service Level Agreement. Für die erbrachten Leistungen wurden 2012 anhand von detaillierten Zeitaufzeichnungen der MitarbeiterInnen anteilige Personal- und Sachkosten in Höhe von EUR 9.852.187,56 (2011: EUR 9.933.812,44) weiterverrechnet und im Sachaufwand unter den Dienstleistungen Dritter ausgewiesen.

Der Sachaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

in EUR	2012	2011
Dienstleistungen Dritter	-12.479.524,09	-12.673.139,96
Konsultations- und Prüfungskosten	-1.927.405,81	-3.378.241,49
Nachrichtenverkehr	-675.461,10	-687.530,63
Datenverarbeitung	-111.157,24	-126.441,94
Raumkosten	-96.255,95	-96.834,00
Sonstiger Sachaufwand	-329.334,59	-444.637,80
Summe Sachaufwand	-15.619.138,78	-17.406.825,82

Die auf die Berichtsperiode entfallenden Aufwendungen für den Abschlussprüfer setzen sich wie folgt zusammen:

in EUR	2012	2011
Prüfung des Jahresabschlusses	96.000,00	96.000,00
Andere Bestätigungsleistungen	0,00	0,00
Sonstige Leistungen	37.487,00	12.000,00
	133.487,00	108.000,00

9.1.5. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von EUR 4.300.000,00 (2011: EUR 12.842.418,55) stellen die Aufwendungen für Abschöpfungen von ungerechtfertigten Vorteilen aus GVA-Überziehungen dar (31.12.2011: EUR 3.749.563,27). 2011 war zusätzlich die Zessionsgebühr für die Übertragung des Besorgungsscheins von der KA an die Republik Österreich, welche die KF als wirtschaftlich Begünstigte der Struktur vertragskonform zu tragen hatte, in Höhe von EUR 9.092.855,28 enthalten.

9.1.6. Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen

Das Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen (Positionen 11 und 12 der GuV) setzt sich 2012 wie folgt zusammen:

in EUR	2012
Auflösung der § 57 (1) BWG - Vorsorge	116.000.000,00
Veränderungen Impairments / Bürgschaft	4.242.914,26
Ergebnis aus der Bewertung von Wertpapieren des Umlaufvermögens	1.464.266,72
Ertrag aus vorzeitiger Tilgung Eigenemissionen	1.364.939,90
Auflösung von pauschalierten Einzelwertberichtigungen	865.341,76
Positive Effekte	123.937.462,64
Aufwand aus Abbaumaßnahmen (ohne Zinsderivate)	-12.896.739,79
Abbau und Bewertung Zinsderivate	-6.647.752,18
Sonstiges	-1.153.231,61
Negative Effekte	-20.697.723,58
Summe Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen	103.239.739,06

2011 beeinflussten folgende Effekte das Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen:

in EUR	2011
Bundesbürgschaft	235.377.567,24
auf Anleihen der Republik Griechenland	211.778.955,00
auf sonstige Darlehen und Wertpapiere	23.598.612,24
Erlös aus vorzeitiger Tilgung von Eigenemissionen	18.794.572,75
Reduktion negativer Marktwerte für Makrohedge-Positionen	9.883.762,17
Auflösung von pauschalen Einzelwertberichtigungen	161.293,46
Positive Effekte	264.217.195,62
Vorsorgen und Drohverlustrückstellungen Republik Griechenland brutto vor Bürgschaft	-1.034.312.500,21
Effekte aus Abbaumaßnahmen	-99.034.667,46
Erhöhung Vorsorge § 57 (1) BWG	-14.664.778,22
Einzelwertberichtigungen	-9.121.286,12
Sonstiges	-33.323.300,92
Negative Effekte	-1.190.456.532,92
Summe Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen	-926.239.337,30

9.1.7. Außerordentliche Erträge

in EUR	2012	2011
Außerordentliche Erträge	0,00	609.628.295,00

Die außerordentlichen Erträge im Jahr 2011 betrafen den Gesellschafterzuschuss der Republik Österreich.

9.1.8. Steueraufwand

Der auf das Geschäftsjahr entfallende Steueraufwand in Höhe von EUR -393.274,33 betrifft neben dem gewöhnlichen Geschäftsbetrieb der KF (EUR -5.452,00) auch nicht anrechenbare Quellensteuern sowie Steuern aus Vorjahren iZm einer ehemaligen Tochtergesellschaft.

9.2. Aufteilung der Umsatzerlöse in geografische Märkte (§ 237 UGB)

Zinsen und ähnliche Erträge in EUR	2012	2011
Österreich	24.636.789,17	32.513.291,03
Westeuropa	315.934.745,69	444.930.371,05
Zentral- und Osteuropa	129.005.036,45	163.392.978,35
Übrige Welt	218.573.735,88	262.845.180,27
	688.150.307,19	903.681.820,69

Provisionserträge in EUR	2012	2011
Österreich	68.707,71	65.799,98
Westeuropa	6.853.457,56	8.112.501,38
Zentral- und Osteuropa	7.609.511,61	8.944.160,88
Übrige Welt	2.803.726,05	2.922.310,05
	17.335.402,93	20.044.772,29

Sonstige betriebliche Erträge in EUR	2012	2011
Österreich	8.803,41	240.972,97
Westeuropa	0,00	110.250,00
Zentral- und Osteuropa	0,00	0,00
Übrige Welt	1.000.000,00	0,00
	1.008.803,41	351.222,97

10 . Offenlegung gemäß § 26 BWG und Offenlegungsverordnung

Entsprechend den Anforderungen des § 26 BWG und der Offenlegungsverordnung werden in einem separaten Offenlegungsbericht wesentliche qualitative und quantitative Informationen über das Institut offengelegt. Dieser ist auf der Website der KA Finanz AG (www.kafinanz.at) unter „Finanzberichte“ abrufbar.

11. Angaben über Organe und Arbeitgeber

11.1. Durchschnittliche Zahl der ArbeitnehmerInnen während des Geschäftsjahres

Seit der Spaltung 2009 verfügt die KF über keine eigenen MitarbeiterInnen. 15 MitarbeiterInnen (31.12.2011: 14) sind über Arbeitskräfteüberlassungsvereinbarungen aus der KA direkt und ausschließlich in der KF aktiv.

11.2. Die Gesamtbezüge an Vorstand und Aufsichtsrat für 2012 stellen sich wie folgt dar:

in EUR	2012	2011
Aktive Vorstandsmitglieder	0,00	0,00
Aufsichtsratsmitglieder	68.300,00	75.000,00
Frühere Vorstandsmitglieder	0,00	0,00
	68.300,00	75.000,00

Die aktiven Vorstandsmitglieder der KA leiten in Personalunion als Vorstände die KF. Bezüge in Höhe von EUR 483.371,86 (2011: EUR 510.187,89) wurden auf Basis des Service Level Agreements an die KF weiterverrechnet und werden im Sachaufwand ausgewiesen.

Zum 31. Dezember 2012 waren wie zum 31. Dezember 2011 keine Kredite an Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats aushaftend. Für diese Personen bestanden auch keine Haftungen der KF.

11.3. Mitglieder des Vorstands

Gewählt durch den Aufsichtsrat, per 7.11.2011 auf fünf Jahre wiederbestellt:

Mag. Alois Steinbichler
Vorstandsvorsitzender seit 7.11.2008

Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstands seit 1.2.2009

11.4. Mitglieder des Aufsichtsrats

Erstmalig gewählt durch die Hauptversammlung am 8.1.2009, in der ordentlichen Hauptversammlung am 19.5.2011 wiedergewählt:

KR Dr. Klaus Liebscher
Aufsichtsratsvorsitzender
Mitglied des Vorstands der Finanzmarktbesitzung AG

KR Adolf Wala
Stv. Aufsichtsratsvorsitzender
Mitglied des Vorstands der Finanzmarktbesitzung AG

Prof. Helmut Mödlhammer (bis 28.4.2012)
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes; Bürgermeister der Gemeinde Hallwang
mit Rechtswirksamkeit der Kapitalherabsetzung am 28.4.2012 ausgeschieden

Dir. Mag. Werner Muhm
Direktor der Arbeiterkammer Wien und Bundesarbeiterkammer

DI Herbert Paierl
Selbständiger Unternehmer

Dir. Mag. Georg Schöppl
Mitglied des Vorstands der Österreichischen Bundesforste

Franz Hofer, MSc
vom Betriebsrat entsandt

DI Martin Öhlknecht
vom Betriebsrat entsandt

Christine Sipek
vom Betriebsrat entsandt

11.5. Staatskommissär

SC Univ.-Doz. Dr. Gerhard Steger
Staatskommissär
Bundesministerium für Finanzen, Abteilungsleiter Sektion II Budget

Mag. Wolfgang Nitsche
Staatskommissär-Stellvertreter
Bundesministerium für Finanzen

11.6. Regierungskommissär für den Deckungsstock für fundierte Bankschuldverschreibungen

Dr. Heinrich Traumüller
Regierungskommissär
Bundesministerium für Finanzen

Mag. Wolfgang Nitsche
Regierungskommissär-Stellvertreter
Bundesministerium für Finanzen

Zum Zeitpunkt der Berichtslegung hatte die Bank keine fundierten Bankschuldverschreibungen aushaftend.

12. Bilanzergebnis

Der zum 31. Dezember 2012 ausgewiesene Bilanzverlust in Höhe von EUR 156.492.661,67 wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Vorstand der KA Finanz AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstands



Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstands

Wien, 19. April 2013

Zusammensetzung der Beteiligungen zum 31.12.2012

Name und Sitz in EUR 1.000	Kapitalanteil in %	Eigenkapital iSd § 224 UGB
Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft mbH, Wien	0,10 %	- *
SALEM Beteiligungsverwaltung zwölfte GmbH, Wien	100,00 %	- *

*] wegen Unwesentlichkeit nicht dargestellt

Anlagenpiegel gemäß § 226 (1) UGB per 31.12.2012

Anlagevermögen in EUR	Anschaffungskosten				
	Stand 1.1.2012	Währungs- umrechnung	Zugänge ¹⁾	Abgänge	Umgliederung
Schuldtitel öffentlicher Stellen	2.432.489.694,44	0,00	156.546.193,02	895.212.720,76	-122.115.152,15
Forderungen an Kreditinstitute	421.027.343,16	-4.759.376,10	0,00	72.113.752,44	0,00
Forderungen an Kunden	2.078.765.401,53	-62.945.965,96	0,00	298.460.727,78	0,00
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.549.641.447,69	-13.284.286,05	0,00	934.586.471,30	122.115.152,15
Beteiligungen	23.070,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sachanlagen					
Betriebs- und Geschäftsausstattung	252.843,05	0,00	0,00	0,00	0,00
	8.482.199.799,87	-80.989.628,11	156.546.193,02	2.200.373.672,29	0,00

1) Restrukturierung einer Bewertungseinheit im Zusammenhang mit dem Griechenland-PSI.

2) Diese Spalte enthält die Zuschreibung des Unterschiedsbetrages gemäß § 56 Abs. 3 BWG.

Anschaffungskosten	Buchwert	Kumulierte Abschreibung	Periodenüberschuss nach Steuern	Letzter geprüfter Jahresabschluss
0,0	0,0	0,0	- *	-
23,0	23,0	0,0	- *	-

Stand 31.12.2012	Kumulierte Abschreibungen/ Zuschreibungen 2012 ²⁾	Buchwert 31.12.2012	Buchwert 1.1.2012	Buchwerte	
				Abschreibungen 2012	Zuschreibungen 2012
1.571.708.014,55	4.246.763,20	1.567.461.251,35	2.054.992.071,02	1.049.382,05	961.537,15
344.154.214,62	-526.300,15	344.680.514,77	420.183.460,49	20.835,05	898.044,32
1.717.358.707,79	22.583.658,47	1.694.775.049,32	1.970.789.430,42	1.762.977,76	121.870,03
2.723.885.842,49	9.331.731,38	2.714.554.111,11	3.518.604.186,87	2.720.174,32	1.872.147,51
23.070,00	0,00	23.070,00	23.070,00	0,00	0,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
252.843,05	181.702,59	71.140,46	75.982,55	6.192,11	0,00
6.357.382.692,50	35.817.555,49	6.321.565.137,01	7.964.668.201,35	5.622.532,22	3.853.599,02

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der KA Finanz AG, Wien, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2012 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2012, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2012 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und für die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2012 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis zum 31. Dezember 2012 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Aussagen zum Lagebericht

Der Lagebericht ist aufgrund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die Angaben nach § 243a Abs. 2 UGB zutreffen.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss. Die Angaben gemäß § 243a Abs. 2 UGB sind zutreffend.

PwC Wirtschaftsprüfung GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft


Prof. Dipl.-Ing. Mag. Friedrich Rödler
Wirtschaftsprüfer


Dipl.-Kfm. Univ. Dorotea E. Rebmann
Wirtschaftsprüfer

Wien, 19. April 2013

Erklärung der gesetzlichen Vertreter

KA Finanz AG Jahresabschluss 2012

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte **Jahresabschluss** des Unternehmens ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt, dass der Lagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Unternehmens so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsteht, und dass der Lagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen das Unternehmen ausgesetzt ist.

Der Vorstand der KA Finanz AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstands



Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstands

Wien, im April 2013

